

perspectivas

Ausgabe 2
Juli 2016

POLITISCHE ANALYSEN UND KOMMENTARE

LATEINAMERIKA



Eine Frage des Geschlechts
Lebensperspektiven in Lateinamerika

Perspectivas Lateinamerika erscheint in enger Zusammenarbeit mit den Büros der Heinrich-Böll-Stiftung in Lateinamerika.



Heinrich-Böll-Stiftung

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90 / Die Grünen nahe. Sie hat ihren Hauptsitz in Berlin und unterhält derzeit 31 Büros weltweit. In Lateinamerika engagieren wir uns gemeinsam mit vielen Partnerinnen und Partnern insbesondere in der Klima- und Ressourcenpolitik, wir fördern Demokratie und Geschlechtergerechtigkeit und die Umsetzung der Menschenrechte. Elementar wichtig ist uns die Stärkung und Unterstützung lokaler zivilgesellschaftlicher Organisationen. Die Stiftung bemüht sich um die intensive Vermittlung von Wissen und Verständnis zwischen den Akteurinnen und Akteuren in Europa und Lateinamerika; dazu gehört auch die Förderung internationaler Dialoge, denn sie sind die Voraussetzung für konstruktives Handeln.

Inhalt

- 2 Vorwort**
- 4 Gebärmutter zu vermieten
Die kontroverse Debatte um die Leihmutterschaften**
Lydia Cacho
- 10 Wenig Fortschritte, viel Widerstand –
Der mühsame Kampf für sexuelle und reproduktive Rechte in Brasilien**
Paulo Victor Leite Lopes
- 14 Der Körper als Kapital in der brasilianischen Kultur**
Mirian Goldenberg
- 19 Kuschelkurs mit dem Neoliberalismus
Lateinamerikas liberale Feministinnen in der Kritik**
Veronica Schild
- 25 Legalize it – Der Kampf um legale Abtreibung
Sexuelle und (nicht) reproduktive Rechte in Argentinien**
Dahiana Belfiori
- 29 Auf der Flucht vor Unsicherheit und Gewalt
Binnenvertreibung in El Salvador aus Geschlechterperspektive**
Celia Medrano

Vorwort

Seit der 4. Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking hat Lateinamerika in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit viel erreicht. Insbesondere auf der normativen Ebene konnten aufgrund des Drucks der feministischen und Frauenbewegungen deutliche Verbesserungen erzielt werden. Ein Grund zum Ausruhen ist dies aber nicht. Benachteiligung und Ungleichheit zwischen den Geschlechtern sind noch lange nicht beseitigt. Hinzu kommen neue Problembereiche, die 1995 – zumindest in dem heutigen Ausmaß – noch nicht sichtbar waren, wie z.B. Frauenhandel, Organisierte Kriminalität und das immense Ansteigen der Korruption in der Region. Besonders schlecht steht es um die sexuellen und reproduktiven Rechte. Frauen haben in Lateinamerika fast nirgendwo das Recht auf freie Entscheidung, Abtreibung ist in den meisten Ländern nur innerhalb sehr enger Grenzen oder auch überhaupt nicht erlaubt. Die Rechtslage für LSBTI (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle) hat sich in den letzten 20 Jahren zwar deutlich verbessert. Das auch leben zu können, ist aber nicht unbedingt einfacher geworden. Diskriminierung und Gewalt bis hin zu Hassmorden sind in vielen Ländern leider immer noch erschreckend hoch.

In der zweiten Ausgabe von *Perspectivas* befassen wir uns mit dem Thema Geschlechtergerechtigkeit in Lateinamerika und lassen Autorinnen aus unterschiedlichen Regionen zu Wort kommen. Gleich drei Artikel diskutieren unterschiedliche Aspekte der sexuellen und reproduktiven Rechte.

Die mexikanische Journalistin und Feministin Lydia Cacho beschäftigt sich mit der Leihmutterchaft. Es gibt zwar nur

wenige belastbare Informationen, doch es ist klar, dass auch in Mexiko insbesondere ärmere Frauen ihre Gebärmutter gegen Geld zur Verfügung stellen. Sie tragen ein Kind aus, das sie nach der Geburt den biologischen Eltern übergeben müssen. Die öffentliche Debatte zu diesem Thema steckt in Mexiko noch in den Anfängen, weshalb sich Cacho in ihrem Artikel vor allem auf internationale Beispiele bezieht. Ihre Position zu diesem Thema ist eindeutig: sie betrachtet Leihmutterchaft als den Verzicht auf reproduktive Rechte.

In Brasilien bekam die öffentliche Debatte um sexuelle und reproduktive Rechte durch den Ausbruch des Zika-Virus zumindest kurzfristig eine neue Dynamik. Da er im Verdacht steht, für schwere zerebrale Missbildungen bei Neugeborenen verantwortlich zu sein, wenn die Mütter während der Schwangerschaft an dem Virus erkrankt sind, wurde selbst in Mainstream-Medien die Frage aufgeworfen, ob in solchen Fällen die Abtreibung erlaubt werden sollte. Generell fürchten viele Aktivistinnen und Aktivisten jedoch einen konservativen *backlash*, wie der Brasilianer Paulo Victor Leite Lopes in seinem Beitrag beschreibt. Ein interfraktioneller Interessenverband aus konservativen, fundamentalistischen und evangelikalen Parlamentarier/innen hat es sich zur Aufgabe gemacht, die sexuellen und reproduktiven Rechte einzuschränken. In diesem Klima hat sich inzwischen vor allem die Justiz auf Bundesebene als Schlüsselakteurin für den Zugang von Frauen und LGBTI zu diesen Rechten erwiesen.

Dahiana Belfiori vom argentinischen Netzwerk «Socorristas en Red» beschreibt in ihrem Beitrag, wie wichtig die Koordinie-

rung und die Kämpfe von feministischen und Frauenorganisationen in Argentinien für die Umsetzung sexueller und reproduktiver Rechte sind. Zwar konnten in den letzten Jahren eine Reihe von Gesetzen erstritten werden. Damit diese auch wirksam werden, bedarf es jedoch politischer und finanzieller Entscheidungen zur Umsetzung in konkrete öffentliche Politiken. Diese konnten und können nur durch entsprechenden öffentlichen Druck durchgesetzt und aufrechterhalten werden.

Einen ganz anderen Blick auf die Geschlechterverhältnisse wirft Mirian Goldenberg am Beispiel Brasiliens. In keinem anderen Land der Welt ist die Suche nach dem perfekten Körper so ausgeprägt. Schönheitsoperationen und Fitnesscenter erfreuen sich wachsender Beliebtheit, und die Kosmetikindustrie boomt. Insbesondere der weibliche Teil der «neuen Mittelschicht» hat in den letzten 20 Jahren zu diesem Trend beigetragen. Der «Körper» und all das, wofür er steht, bedeutet die Zustimmung zu einem bestimmten Lebensstil und Verhaltenskodex. Dies ermöglicht den Frauen einerseits größere (individuelle) Freiheiten, unterwirft sie aber andererseits einer starken Kontrolle ihres Körpers. Auch wenn der Artikel hierauf nicht weiter eingeht, soll doch erwähnt werden, dass es in Brasilien auch eine kritische Debatte zu diesem Körperideal gibt. Feministinnen und andere Akteure stellen Verbindungen zwischen dem herrschenden Schönheitsideal (auch des männlichen Körpers) und anderen Aspekten rund um den Körper her, wie z.B. Machismo, Selbstbestimmung, Geschlechterrollen, Sexismus in der Werbung etc.

Um die Ambivalenzen von lateinamerikanischen Feminismen und Neoliberalismus geht es in dem Beitrag von Veronica Schild. Vor dem Hintergrund der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung Lateinamerikas der letzten 50 Jahre beschreibt sie die verschiedenen Etappen und Ausrichtungen von Feminismus. Gegenüber dem Aufstieg eines institutionalisierten Feminismus, auch «Feminismus des Möglichen» genannt, der pragmatische, liberale Ansätze von Frauenpolitik in Regierungspolitik umsetzte – in ähnlicher Weise wurde in Europa das Gendermainstreaming verankert –, entwickelten sich verschiedene Ansätze eines autonomen, unabhängigen Feminismus. Sie unterscheiden sich vor allem durch eine sehr viel radikalere Gesellschaftskritik und daraus abgeleiteten Forderungen, wobei sie die Zugehörigkeit zu

Klasse und ethnischer Gruppierung als entscheidende Merkmale für Ungleichheiten identifizieren. In den letzten Jahren haben sich verschiedene Ausdrucksformen eines sogenannten Volksfeminismus herausgebildet, bei denen Vielfalt, Umweltbewusstsein und wirtschaftliche Nachhaltigkeit im Vordergrund stehen, ohne die Kritik der politischen Ökonomie aus den Augen zu verlieren.

Der letzte Artikel in diesem Heft von Celia Medrano beschäftigt sich mit einem der anfangs erwähnten relativ neuen Problembereiche, nämlich den Auswirkungen der wachsenden Unsicherheit und Gewalt in El Salvador, ausgelöst durch organisierte Banden und Organisierte Kriminalität. Frauen sind hiervon in spezifischer Weise betroffen, das wird jedoch meist ignoriert. Als Angehörige von Gewaltopfern müssen sie häufig die Last der familiären Gesamtverantwortung übernehmen, ohne auf entsprechende gesellschaftliche Unterstützung zählen zu können. Sie werden auch zunehmend selbst zum Ziel von Gewalt, ihnen droht Vergewaltigung, Versklavung bis hin zur Ermordung. Aber auch Frauen, deren Männer in kriminelle Strukturen verwickelt sind oder zumindest dessen beschuldigt werden, sind häufig Repressalien ausgesetzt und werden stigmatisiert. Die Autorin fordert deshalb die Anerkennung der besonderen Vulnerabilität von Frauen in dem vorherrschenden Gewaltdiktum und entsprechende Betreuungs- und Schutzmaßnahmen.

In der Heftmitte haben wir die wichtigsten Daten und Kennzahlen zur Beschreibung der Geschlechterverhältnisse in Lateinamerika zusammengestellt und grafisch aufbereitet.

Wir hoffen, dass auch dieses Heft auf Ihr Interesse stößt.

Berlin, im Juli 2016

Ingrid Spiller

Leiterin des Regionalreferats
Lateinamerika der Heinrich-Böll-Stiftung

Gebärmutter zu vermieten

Die kontroverse Debatte um die Leihmutterchaften

Lydia Cacho

In Mexiko ist das Leben für Frauen unsicher geworden. Mit jährlich 1.900 Frauenmorden ist das Ausmaß tödlicher Gewalt immens. Strafrechtlich verfolgt werden die Gewalttaten so gut wie nie. In den mexikanischen Bundesstaaten Guerrero, Michoacán, Tlaxcala und Tabasco hat sich der Menschenhandel als lukratives Geschäft der Organisierten Kriminalität fest etabliert. 62 Prozent der Opfer sind Kinder sowie junge Mädchen und Frauen. In den letzten Jahren ist der Geschäftszweig «Leihmutterchaft» hinzugekommen. Auch Organverkäufe und Leihmutterchaften werden von kriminellen Banden kontrolliert. Die Leihmutterchaft ist zu einer Industrie geworden. Körper von Frauen werden dazu benutzt, Paare und Einzelpersonen aus den entwickelten Ländern mit Kindern zu beliefern. Es sind die Zwischenhändler, die damit reich werden. 2012 machte die «Leihgebärmutter»-Industrie in Mexiko 2,5 Mrd. US-Dollar Umsatz.¹ In Indien wurden schon vor zehn Jahren 449 Millionen US-Dollar damit erzielt.²

Mexikanische Frauen, die ihre Gebärmutter vermieten, sind wohl am ehesten vergleichbar mit indischen Leihmüttern: Sie sind arm und in gesundheitlichen oder anderen Notlagen. Eine Schwangerschaft erscheint ihnen als einziger Ausweg aus ihren Problemen. Bei Leihmutterchaften, d.h. der Vermietung von Bäuchen bzw. Gebärmüttern, wird ein Embryo in den gesunden Uterus einer Frau eingepflanzt, die am Ende das Baby seinen biologischen Eltern übergeben soll. Die Frau muss sich dabei vertraglich verpflichten, im Hinblick auf Ernährung, Wohnung und klinische Untersuchungen die Vorgaben derjenigen einzuhalten, die ihren Bauch mieten.

Dieser Industriezweig wurde 1970 in den USA aufgebaut. Zunächst steckte er noch in den Kinderschuhen, bis der Anwalt Noel Keane die erste Agentur für fruchtbare Frauen eröffnete, die ihren Bauch für eine spätere legale Adoption des Babys an Paare vermieteten. Keane wurde schnell zum Millionär; bei den jungen Gebärenden kam nur ein winziger Bruchteil der Gewinne an. Am Ende des Jahrzehnts gab es in den USA bereits mehrere Agenturen dieser Art. Sie arbeiteten halblegal³, bis dann 1986 der Fall einer Frau vor Gericht kam: B. Whitehead war von dem reichen Ehepaar Stern für 10.000 US-Dollar engagiert worden, um ein Baby auszutragen. Die Eizelle stammte von Whitehead, das Spermium von Stern. Bei dem langwierigen Rechtsstreit «Eizelle gegen Samenzelle» ging es um die Frage: Wer herrscht über wen? Die Mutter schilderte dem Richter, dass sie nach der Geburt eine starke emotionale Bindung zu ihrem Kind empfunden habe und ihr klar geworden sei, dass sie das Mädchen wie eine Sklavin verkaufen würde. Am Ende entschied der Richter, dass die Familie Stern mit ihrem großen Geldvermögen dem Kind ein besseres Leben würde bieten können. Der biologischen Mutter wurden ihre Rechte abgesprochen. Nach diesem Präzedenzfall wurde in vielen US-Bundesstaaten jegliche Form der Leihmutterchaft verboten. 1990 entwickelten Wissenschaftler/innen jedoch die Embryonenverpflanzung. Damit wurde einer Art von «Ersatzschwangerschaft» Vorschub geleistet, bei der die Mutter keinerlei biologische oder genetische Rechte an dem Produkt besitzen sollte. Solche Mütter wurden als «Tragemütter» oder auch als «menschliche Brutkästen» bezeichnet. Diese Technologie bot weißen oder asiatischen Paaren

– oder auch Singles – aus der Oberschicht z.B. die Möglichkeit, nach Indien zu fahren und dort ein Kind zu bekommen, jedoch ohne indische Gesichtszüge, wie es die schwedische Wissenschaftlerin Kajsa Ekis Ekman formulierte.

1993 gab es einen zweiten, ähnlich gelagerten Fall. Doch hier entschied der Richter, dass «die Frau nicht die Mutter des Kindes ist. Sie nahm also nicht ihr Recht auf Reproduktionsfreiheit wahr, sondern hat eine Dienstleistung erbracht».⁴ Dieses Urteil begründete die Argumentationslinie in der Gesetzgebung mehrerer Länder, nach der gilt: Wenn es nicht die eigene Eizelle der (gebärenden) Frau ist, so gilt dies nicht als Mutterchaft, sondern als Dienstleistung. Dementsprechend kann der Körper der Frau als Ware betrachtet werden. Mit juristischen Tricks wird der Körper zur Sache erklärt, und ein Vertrag sichert den Eigentümern eines Embryos für die Dauer der Gebärmutternutzung die Entscheidungsgewalt über die Ernährung und sonstigen Verhaltensweisen der Nicht-Mutter zu, die das Produkt austrägt. Im mexikanischen Bundesstaat Tabasco gab es fünf ähnliche Fälle. Sie alle wurden illegal in Privatkliniken abgewickelt.

Nach Untersuchungen von Olga van der Aker, einer Expertin für sexuelle und reproduktive Rechte, hat sich im Jahr 2015 die Zahl homosexueller Paare bzw. homosexueller Singles mit Kinderwunsch verdreifacht, die sich ein Kind in einem anderen Land beschaffen, weil für sie eine Adoption in ihren eigenen Ländern nicht erlaubt ist, oder auch, weil sie ihre Gene weitergeben möchten. In solchen Fällen muss die Eizelle von der Gebärenden kommen. Hierin liegt ein wachsendes Korruptionsrisiko, denn die

Frauen werden so gezwungen, in den Verträgen falsche Angaben zu machen. Dies gilt auch in Fällen, in denen ein Frauen- oder Heteropaar keine gesunden Eizellen hervorbringen kann.

Sowohl Feministinnen, Schwule, Queer und Transgender als auch ultrakonservative und linke Politiker/innen verteidigen die Leihmutterchaft als revolutionären Akt, aber die ganze Pro-Leihmutterchaft-Literatur und auch die Werbung dafür idealisieren die biologische Familie mit zwei Elternteilen als Wunder, durch das Paare erst zu einem «vollständigen Ganzen» werden – und somit zur konservativsten aller Familienformen. Männer, als Eigentümer der Spermien, verteidigen ihr Recht auf biologische Vaterschaft, sprechen aber der Eigentümerin der Eizelle dieses Recht ab. Der Widerspruch liegt auf der Hand und lässt das Dilemma deutlich werden: Die biologische Vaterschaft muss gefeiert werden, die Mutterchaft hingegen ist Teil eines «alten biologischen Paradigmas». Ein unausgegorener Diskurs versucht, mit ethischen Aspekten die Überlegenheit der männlichen Rechte gegenüber den weiblichen und der Rechte der Reichen gegenüber denen der Armen zu begründen. Doch hier geht es einzig und allein um die Bedürfnisse und Gefühle der Auftraggeber. Die Auftragnehmerin hat keine Stimme und keine Rechte. Sie wird gemietet und verdinglicht, sie ist keine Mutter, sondern ein Behältnis.

Die nordamerikanische Wissenschaftlerin Hélena Ragoné vertritt den postmodernen Diskurs zugunsten der Leihmutterchaft; sie argumentiert, dass dadurch, dass weiße Paare schwarze, indische oder lateinamerikanische Frauen engagieren, um ihnen ihre Embryos ein-

Lydia Cacho ist Journalistin und Menschenrechtlerin. Sie hat zahlreiche Bücher veröffentlicht, unter anderem das Sachbuch «Sklaverei – Im Inneren des Milliardengeschäfts Menschenhandel», erschienen 2011 im Fischer-Verlag. Wegen ihrer Recherchen über Kinderpornografie und Frauenhandel wurde sie vielfach bedroht, sogar einmal entführt und gefangen gehalten. Sie ließ sich nicht einschüchtern und schaffte es, dass ein internationaler Boss eines Pädophilenrings wegen Kinderpornografie verurteilt wurde. Für ihr mutiges Engagement bekam sie zahlreiche Auszeichnungen, u.a. 2007 den Amnesty International Ginetta Sagan-Preis für die Rechte der Frauen und Kinder, 2008 den Guillermo Cano World Press Freedom Prize der UNESCO und 2013 den Internationalen Preis für Journalismus Manu Leguineche aus Spanien. Die Zeitschrift *Newsweek & The Daily Beast* nannte sie 2013 «eine der 100 Frauen, die die Welt bewegen».

zupflanzen, die Rassenschranken gefallen seien.⁵ Ragoné führt sogar ins Feld, dass sich die sozialen Klassen gegenseitig unterstützten, weil die wirtschaftliche Lage armer Frauen verbessert werde. Ihrer Ansicht nach «muss die organische Einheit zwischen Fötus und Mutter dank der wis-

«Ein gängiges Argument im Pro-Leihmutter-schafts-Diskurs ist, dass Familien, die so weit gehen, dass sie Tausende von Dollars für ein Baby aufbringen, auch die besseren Eltern sein werden. Eine derartige Argumentation ist diskriminierend und schlicht kapitalistisch.»

senschaftlichen Technologie nicht mehr als etwas Naturgegebenes vorausgesetzt werden». Dies sei fortschrittlich, da so die Frauen befreit würden. Die Inderinnen oder die Mexikanerinnen aus Tabasco, die ich für meine Reportagen über Menschenhandel befragt habe, haben jedenfalls eine recht konventionelle Vorstellung von Mutterschaft, soviel steht fest. Sie sind keine Feministinnen und fühlen sich auch nicht befreit, sondern sie lösen schlicht ihre ökonomischen Probleme mit den Mitteln, die ihnen die Gesellschaft als einzigen schnellen Ausweg übrig lässt.

Auffällig ist der große Widerspruch bei den Befürworter/innen der Leihmutter-

schaft: Nach ihrer Überzeugung ist ein Paar ohne Kinder keine Familie, sodass alle Möglichkeiten bis zum Äußersten ausgeschöpft werden müssen, damit sich die Menschen durch eine solche Bindung verwirklichen können. Ein gängiges Argument im Pro-Leihmutter-schafts-Diskurs ist, dass Familien, die so weit gehen, dass sie Tausende von Dollars für ein Baby aufbringen, auch die besseren Eltern sein werden. Eine derartige Argumentation ist diskriminierend und schlicht kapitalistisch. Demnach stehen denjenigen, die Geld haben, höhere Rechte zu.

Die bekannte schwedische Befürworterin der Leihmutter-schaft Kutte Jonsson argumentiert in ihrem Gesetzesentwurf so: «Selbst wenn die Schwangerschaft seelische und körperliche Risiken für die damit beauftragte Frau mit sich bringt, wäre es falsch, sie zu verbieten, denn so würden wir ihr die Chance nehmen, ihren Körper gegen Geld einzusetzen».⁶ Diese Argumentation deckt sich mit der von Aktivist/innen, die den Sexhandel trotz seiner Folgen befürworten, einschließlich der damit einhergehenden Sklaverei, Gewalt und Gesundheitsprobleme. Sie geben den Kampf um Gleichstellung damit auf und wollen die psychoemotionale, psychosexuelle und physische Gesundheit der Frauen aus der Rechtsdebatte ausklammern, wenn es um monetäre Austauschverhältnisse geht. Das ist kein Feminismus, sondern neoliberaler Kapitalismus.

Neuerdings sprechen die westlichen Befürworter/innen von «Bauch vermieten» statt von Leihmutter-schaft, nachdem es die Lobbygruppen geschafft haben, der schwangeren Frau nach der Einpflanzung eines Embryos die Mutterschaft abzusprechen. Damit soll in der Gesellschaft der Gedanke verankert werden, der Körper einer Frau bestehe aus separaten Teilen, ihre Gebärmutter könne deshalb über neun Monate hinweg von ihren Gefühlen und ihrer Gesundheit abgekoppelt bleiben. Diese Argumentation kann leicht durch die Bioethik und auch mit schlichten wissenschaftlichen Fakten widerlegt werden. Die hormonalen Veränderungen während der neunmonatigen Schwangerschaft, die chemischen Prozesse und auch der Knochen- und Organverschleiß sind bei einer biologischen Mutter und einer Leihmutter identisch. Ohne die biochemischen Prozesse im Körper der Gebärmutter-Eigentümerin, die eine unmittelbare Verbindung zum Embryo herstellen, um ihn zu ernäh-

ren und am Leben zu erhalten, gäbe es das Endprodukt nicht.

Für einige Menschenrechtsexpertinnen ist die Leihmutter-schaft durchaus mit dem Sexhandel vergleichbar. Deshalb ist es auch kein Zufall, dass dessen Verfechterinnen gleich argumentieren. In beiden Fällen lässt man die Möglichkeit zu, dass eine Person – meist ein Mann, oftmals auch gemeinsam mit einer Frau – für die Nutzung des Körpers einer Frau bezahlt und ihn von deren Person abstrahiert. Der Unterschied liegt nur darin, dass bei einer Leihmutter-schaft der Uterus vermietet wird, bei der Prostitution hingegen die Vagina – wie die bekannte US-Feministin Andrea Dworkin hervorgehoben hatte. An der Spitze der Verfechter des neuen Gedankenguts zur Vermarktung des menschlichen Körpers steht der britische Philosoph Stephen Wilkinson, Autor des Buches «Bodies for sale: Ethics and exploitation in the new human body trade» (2003). In Mexiko werden seine Argumente immer wieder in der Debatte angeführt. Danach sollen die Leihmutter-schaft, der Handel mit menschlichen Organen und DNA-Patente als Bestandteile der Postmoderne akzeptiert werden. Wilkinson fordert eine begriffliche Neudefinition von Bezeichnungen wie «Verdinglichung», «Konsens», «Ausbeutung», «Gewaltanwendung» und «Wohlstand». Für ihn und viele seiner Anhänger/innen, die sich bei der Rechtsetzung der Leihmutter-schaft auf seine Argumente stützen, sind wir Menschen Wesen, die für den Handel geschaffen sind; wir treiben Handel und sind handelbar; wenn wir allerdings konservativ eingestellt sind, werden wir denken, es sei etwas Schlechtes, sich kaufen zu lassen bzw. ein verkäufliches Objekt zu sein.

Eine der größten Schwierigkeiten dieser Debatte zeigt sich, wenn es um die Bestimmung des Produkts aus diesem Leihprozess geht: Frauen, die ihren Bauch verleihen, werden mit Arbeiterinnen gleichgesetzt, die sich neun Monate lang in einer Billiglohnfabrik als Näherinnen verdingen. Das Produkt ist in diesem Fall jedoch ein Mensch. Von den meisten Beteiligten der politischen Debatte wird die Bioethik dabei außer Acht gelassen. Für die Frau, die das Kind zur Welt gebracht hat, soll das Neugeborene Objekt sein; für die Väter bzw. Mütter hingegen ein schönes, ersehntes menschliches Wesen. Nicht einmal der zu den komplexesten Überlegungen fähige Philosoph kann einen solchen gedanklichen Salto Mortale vollbringen und diesem neugeborenen Menschen einerseits die Eigenschaft einer Ware

zuschreiben und ihn gleichzeitig als Person und biologisches Wunder einstufen.

Eine solche Diskussion ist kapitalistisch. Wie viele Frauen aus dem Bürgertum bzw. aus der oberen Mittelschicht verleihen ihre Gebärmutter, um einer anderen Person zu einem Kind zu verhelfen? Es sind nicht viele Fälle von gebildeten, finanziell gut gestellten und eigenständigen Frauen dokumentiert, die bereit sind, die hormonellen, körperlichen und emotionalen Veränderungen einer Schwangerschaft zu durchleben, um dann das Baby wegzugeben. Dies geschieht in Ausnahmefällen innerhalb einer Familie, aber nicht aufgrund einer ökonomischen Notlage, und führt uns zu der Frage: Wer tritt für die Vermietung von Gebärmüttern ein? Wer kann dafür mindestens 30.000 Dollar bezahlen? Wer sind diejenigen, die vermieten? Wer braucht das Geld?

«Frauen, die ihren Bauch verleihen, werden mit Arbeiterinnen gleichgesetzt, die sich neun Monate lang in einer Billiglohnfabrik als Näherinnen verdingen. Das Produkt ist in diesem Fall jedoch ein Mensch.»

Diejenigen, die in der Gesetzesdebatte die Annahme vertreten, den Frauen gehöre ihr Körper und es sei ihre Freiheit, zu tun und zu lassen, was sie wollen, sind überwiegend Menschen in einer stabilen ökonomischen Lage. Sie befürworten Gesetze zur Liberalisierung des Marktes für menschliche Körper und stellen damit Arbeits- und Reproduktionsrechte in Frage. Nach ihrer Auffassung steht hinter der weltweiten Bewegung gegen Mietbäuche nichts als ein moralisierender Konservatismus. Die meisten Meinungsführerinnen der Bewegung für Leihmutter-schaften sprechen sich ebenso vehement für das Abtreibungsrecht und gegen Frauenmorde aus. So treten sie denn auch für eine gesetzliche Regelung zur Vermietung von Frauenkörpern und des dahinterstehenden Gewerbes ein. Das ungeheure Ausmaß geschlechtsspezifischer Ungleichheit, die Beteiligung der organisierten Kriminalität, die Korruption und die gesetzlich verankerte Strafflosigkeit werden vollkommen außer Acht gelassen.

Nach Meinung der Philosophin Nicole Muchnic werden mit der Kommerzialisierung des weiblichen Körpers sämtliche Grundrechte des Menschen ad absurdum geführt: die freie Selbstbestimmung über

Gesetzliche Regelung der Leihmutter-schaft in Mexiko

Am 26. April 2016 hat der mexikanische Senat fast einstimmig eine Reform des Allgemeinen Gesundheitsgesetzes verabschiedet, nach der die Leihmutter-schaft ausschließlich mit ärztlicher Indikation und nur für Bürgerinnen des Staates ohne kommerzielle Absichten erlaubt wird. Homosexuelle Paare sind von der Regelung ausgeschlossen. Es wurden außerdem hohe Haft- und Geldstrafen für Personen beschlossen, die Leihmütter bezahlen oder diese durch Androhung von Gewalt oder unter Ausnutzung ihrer Einkommenssituation dazu zwingen, ein Kind für andere auszutragen und danach auf ihre Mutterschaftsrechte zu verzichten. Für beteiligtes Fachpersonal sieht das Gesetz die Suspendierung ihrer beruflichen Zulassung für einen Zeitraum von fünf bis acht Jahren vor.

Das Gesetz wurde an die Abgeordnetenkammer verwiesen. Wann es in dieser Kammer behandelt wird, ist noch offen.

Bislang war in Mexiko nur in zwei Bundesstaaten die kommerzielle Leihmutter-schaft erlaubt: In Tabasco seit 1997; am 13. Januar 2016 wurde das Zivilgesetzbuch dahingehend reformiert, dass Leihmütter nicht bezahlt werden dürfen. In Sinaloa ist die Leihmutter-schaft auch zugelassen. In Coahuila und Querétaro dagegen gibt es Regelungen im Zivilgesetzbuch, wonach die Leihmutter-schaft grundsätzlich nicht anerkannt wird.

den eigenen Körper, das Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit, das Recht auf freie Persönlichkeitsentwicklung, auf Gesundheit und Leben. Auf der einen Seite stehe eine zahlende Frau oder ein zahlender Mann, und auf der anderen Seite eine Frau, die zur Handelsware, zur «Sache» gemacht werde. Arme Frauen würden so zum Nutzen reicher Paare instrumentalisiert. Nach Auffassung von Nicole Muchnic kann der Freiheitsgrundsatz nicht geltend gemacht werden, ohne gleichzeitig auch andere gleichrangige Prinzipien wie die Gleichheit, die Würde und die körperlich-seelische Unversehrtheit zu wahren.

Die Diskussion über die Leihmutterchaft in Mexiko ist keine Debatte, sondern eine Aneinanderreihung beunruhigender Monologe. Wenn ein paar Beispiele von selbstbestimmten wohlhabenden Frauen angeführt werden, um daraus Verallgemeinerungen abzuleiten, so ist das irreführend. Fest steht, dass Leihmütter weltweit größtenteils arm bzw. in einer Notlage sind, dass Marketing-, Medizin- und Anwaltsagenturen im Leihmuttergewerbe als Mittler agieren und sie alle große Gewinne abschöpfen. Es wird darüber diskutiert, ob Leihmutterchaft altruistisch sein oder kommerzialisiert werden sollte. Altruismus gefährdet das Sorgerecht, denn Fragen des Sorgerechts haben in seinem Fall keine Relevanz, er öffnet stattdessen die Tür zu einer Gesetzeslücke für manipulative Zwecke. Die Kommerzialisierung bereitet den Weg für eine gesetzliche Regelung, aber ebenso

«Aus Nigeria, Indien, Nepal, Mexiko und Guatemala dokumentierte Fälle machen deutlich, dass Tausende von Frauen dazu benutzt werden, Babys auszutragen, die dann entweder selbst auf dem Schwarzmarkt verkauft werden oder aber ihre Organe.»

auch für den Menschenhandel. Aus Nigeria, Indien, Nepal, Mexiko und Guatemala dokumentierte Fälle machen deutlich, dass Tausende von Frauen dazu benutzt werden, Babys auszutragen, die dann entweder selbst auf dem Schwarzmarkt verkauft werden oder aber ihre Organe. Der mexikanische Bundesstaat Tabasco erkennt die Rechtsfigur der Trage-, Ersatz-, Leih- bzw. Vertragsmutter ohne gesetzliche Regelung an. Dementsprechend ist er ein internationales Paradies für das Gebärmutter-Leih-

geschäft und die Ausbeutung junger Frauen. Der Kontext der rassenspezifischen, sozialen und wirtschaftlichen Diskriminierung, in dem gesetzliche Regelungen geschaffen werden, darf aus dieser Debatte nicht ausgespart werden.

Könnte diese Art von Sklaverei durch Legalisierung verhindert werden? Bei der Prostitution und den damit einhergehenden Rechtsverstößen und krimineller Straflosigkeit hat sich diese Annahme als haltlos erwiesen. Die Debatte geht weiter, und die Argumente müssen ethisch, juristisch, bioethisch und menschenrechtszentriert sein. Sie dürfen sich nicht an der Marktphilosophie und den Bedürfnissen der Reichen orientieren. ■■■

Aus dem Spanischen von Beate Engelhardt

- ¹ <http://www.medicaltourism.com/blog/indias-surrogate-mothers-bear-other-peoples-babies-to-escape-poverty/>
- ² Chopra, Anuj (2006): Childless couples look to India for surrogate mothers, in: Christian Science Monitor, 3. April 2006, Boston.
- ³ Chesler, Phyllis Ed. (1988): Sacred Bond: the legacy of Baby M. Vintage Books, New York.
- ⁴ Scott, Elizabeth S. (2009): Surrogacy and the politics of commodification, in: Law & Contemporary Problems 72 (3), S. 109-146.
- ⁵ Ekis Ekman, Kajsa (2014): Being and Being Bought, Prostitution Surrogacy and the Split Self, 5 S. 137-138. Spinfex Press, Australia.
- ⁶ Jonsson, Kutte (2003): Det förbjudna mödraskapet. Bokbox Publishing, Malmö.



Foto: Frida Hartz

Wenig Fortschritte, viel Widerstand – Der mühsame Kampf für sexuelle und reproduktive Rechte in Brasilien

Paulo Victor Leite Lopes

Die jüngst ausgebrochene Zika-Epidemie in Brasilien und anderen lateinamerikanischen Ländern hat viel Leid gebracht. Auch wenn die Wissenschaft Mikrozephalie – das sind Missbildungen des Schädels und des Gehirns bei Föten und Neugeborenen – als Folge einer Zika-Virus-Infektion noch nicht endgültig nachweisen konnte, so erklärten die Weltgesundheitsorganisation und der UN-Hochkommissar für Menschenrechte auf Basis der aktuellen Forschungen und Ergebnisse einen deutlichen Zusammenhang. Zur Bekämpfung der Tigermücke (*Aedes aegypti*), die Zika überträgt, wurden in Brasilien umfassende Maßnahmen für das öffentliche Gesundheitswesen und zur Hygieneüberwachung eingeleitet. Mittlerweile scheint zudem bewiesen, dass das Virus auch durch Sexualkontakte übertragen wird. Dies und die steigende Zahl der Fälle von Mikrozephalie¹ weisen auf die Notwendigkeit, auch andere Aspekte in diesem Zusammenhang zu betrachten. In den Augen verschiedener zivilgesellschaftlicher Organisationen, vor allem aus der feministischen Bewegung, zeigen Umgang und Folgen der Zika-Epidemie, wie schlecht es um die sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen in Brasilien steht. Sie setzen sich deshalb für eine Garantie dieser Rechte ein. Hierzu zählen vor allem das Recht auf Sexualaufklärung, der Zugang zu Verhütungsmitteln und pränataler Gesundheitsversorgung sowie Informationen über das Leben mit Mikrozephalie und das Recht eines legalen Schwangerschaftsabbruchs in diesem Fall.

Die breite öffentliche Debatte um Mikrozephalie mag neu sein, aber die Anliegen der verschiedenen Frauen- und feministischen Bewegungen sind es keineswegs. Es handelt sich um Kernforderungen – ebenso

wie die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Achtung der Frauenrechte –, wie sie über die letzten drei Jahrzehnte gestellt wurden. Brasilianische Medien berichten regelmäßig über Väter, die sich nach der Diagnose Mikrozephalie nicht mehr um die schwangere Partnerin oder das Neugeborene kümmern. Sie repräsentieren und festigen damit das bislang gängige Modell der Geschlechterbeziehungen, bei dem die Kindererziehung «naturgemäß» allein den Frauen obliegen soll. Darüber hinaus treffen die Auswirkungen der Epidemie hauptsächlich die Frauen und die ärmsten Regionen des Landes – wie etwa den brasilianischen Nordosten, wo die meisten Zika-Fälle registriert werden.

Diese bedrückende Tatsache und die öffentliche Aufmerksamkeit, die die Epidemie in den letzten Monaten erhielt, könnten die Chance bieten, die sexuellen und reproduktiven Rechte endlich in der Gesellschaft zu diskutieren und die Bedeutung dieser Rechte anzuerkennen. Momentan werden sie nur von direkt in das Thema Involvierten debattiert – seien sie nun dafür oder dagegen, diese Rechte zu stärken. Allerdings ist die brasilianische Gesellschaft derzeit sehr mit der aktuellen politischen und institutionellen Krise beschäftigt. Der große Korruptionsskandal Lava Jato und die Kontroversen um die Amtsenthebung der Präsidentin zum Beispiel nehmen die Berichterstattung fast vollständig ein. Andere, für das Land grundlegende Gesellschaftsfragen werden dadurch in den Hintergrund gedrängt oder gar nicht erst thematisiert.

Auch wenn es in einigen Bereichen durchaus Positives zu vermelden gibt, zum Beispiel bei den Initiativen für mehr Teilhabe und Repräsentation von Frauen in

der Politik, bei der Bekämpfung von häuslicher Gewalt und den beschäftigungs- und einkommensschaffenden Maßnahmen für Frauen, so gibt es im Hinblick auf die sexuellen und reproduktiven Rechte gegenwärtig nur einige wenige Fortschritte. Zwar werden auf lokaler, bundesstaatlicher oder nationaler Ebene in letzter Zeit entsprechende Programme und gesetzliche Regelungen formuliert, doch beschränken sich diese Initiativen meist darauf, «Frauenthemen» in die eigenen Planungen und Tätigkeiten staatlicher Behörden aufzunehmen. Viele der bereits umgesetzten Maßnahmen oder Politiken erzielen aufgrund der spärlichen Haushaltsmittel, die für «Frauenpolitik» bereitgestellt werden, nur eine sehr begrenzte Reichweite; andere Programme wiederum werden, sobald ein politischer Machtwechsel stattfindet, je nach Vorliebe der regierenden Partei, die die zuständige Behörde leitet, wieder ausgesetzt; Kontinuität wird so nicht garantiert. Gleiches gilt für LGBT-Projekte, also eine bestimmte Politik für Lesben, Homosexuelle, Bisexuelle, Transvestiten und Transgender-Personen. Projekte, die für diesen Bereich vorgeschlagen und umgesetzt werden, fallen noch bescheidener aus, haben sie doch in Brasilien letztlich auch nur einen Versuchscharakter.

Es liegen etliche Gesetzesvorschläge vor, die im Einklang mit den vom brasilianischen Staat unterzeichneten internationalen Abkommen über die Gewährleistung der sexuellen und reproduktiven Rechte und der Gesundheit der Frauen und der LGBT-Gemeinschaft stehen. So unterschiedlich die LGBT-Bewegungen und ihre Agenden auch sein mögen, so haben sie doch gemeinsam das Gesetz für die Gleichgeschlechtliche Ehe (Casamento Civil Igualitário) unterstützt und setzen sich jetzt für das Gesetz für Geschlechteridentität (Lei de Identidade de Gênero) und die Bekämpfung der Homophobie ein. Nachdem feministische und Frauenbewegungen 2015 die Verabschiedung des Gesetzes zu Feminiziden (Lei 13.104/2015) feierten, liegt ihre oberste Priorität nun bei der Legalisierung der Abtreibung. Dafür gibt es z.B. einen Gesetzesentwurf (PL 882/2015) des Abgeordneten Jean Wyllys. Doch vom Nationalkongress und den gesetzgebenden Gremien auf bundesstaatlicher und kommunaler Ebene kommt starker Widerstand.

Konservative Parlamentarier/innen gehen immer geschlossener vor, um bestehende Errungenschaften und Rechte einzu-

schränken oder ganz zunichte zu machen. Sie sind vor allem gegen die Anerkennung eingetragener Partnerschaften und Ehen gleichgeschlechtlicher Paare und die Möglichkeit, eine Schwangerschaft bei wenigen Indikationen abzuberechen, ohne Strafverfolgung zu fürchten. Die hartnäckigsten Gegner/innen der sexuellen und reproduktiven Rechte im Kongress sind die Evangelikalen. Nach den letzten nationalen Wahlen 2014 gewannen sie zwar nur zwei Sitze mehr, nehmen aber mit insgesamt 75 Abgeordneten 15 Prozent der Parlamentssitze ein. Ihre Stärke liegt auch darin, dass sie sich mit anderen konservativen Gruppen strategisch verbünden: Gemeinsam mit der Gruppe der Großgrundbesitzer und industriellen Landwirtschaft, der Law-and-Order-Fraktion, die sich u.a. für eine Lockerung der Waffengesetze einsetzt, haben sie sich zum parteiübergreifenden Interessenverband «Bulle, Blei und Bibel» zusammengeschlossen. Viele Aktivist/innen fühlen sich durch diese konservative Gegenreaktion, diesen «Backlash», in die Defensive gedrängt: Sie sind mehr damit beschäftigt, bereits erkämpfte Rechte vor konservativen Attacken zu schützen, als neue Rechte einzufordern. Mit der Wahl eines konservativ-christlichen Parlamentariers zum Präsidenten der Abgeordnetenversammlung, die zusammen mit dem Bundessenat den Nationalkongress bildet, kam im Jahr 2015 ein weiteres Hindernis für die Stärkung dieser Rechte hinzu.

Die wenigen erreichten Fortschritte kamen bislang auf Betreiben der Justiz voran, die auf Bundesebene in den letzten Jahren bei zwei wichtigen Errungenschaften eine zentrale Rolle gespielt hat:

1. Die Möglichkeit für gleichgeschlechtliche Paare, das Rechtsinstitut der Ehe in Anspruch zu nehmen² – was bis dahin ausschließlich heterosexuellen Paaren vorbehalten war.
2. Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch bei Anenzephalie³ (eine Neuralrohrfehlbildung, gekennzeichnet durch das Fehlen von Teilen des knöchernen Schädeldachs, der Hirnhäute, der Kopfhaut und Teilen des Gehirns) durch die Ausweitung der gesetzlichen Regelung, die bis dato auf Schwangerschaften infolge sexueller Gewalt und auf die Gefahr für Leib und Leben der Schwangeren begrenzt war.

Die im Kongress vertretenen konservativen Gruppen haben eine hitzige Debatte über die Rolle der Justiz hinsichtlich der

Paulo Victor Leite Lopes studierte Sozialwissenschaften und beendete im April 2016 seinen Doktor der Sozialanthropologie an der Universidade Federal do Rio de Janeiro (UFRJ), wo er bereits seinen Master gemacht hat. Er forscht am Centro de Estudos em Segurança e Cidadania der Universidade Cândido Mendes (CESeC/UCAM) und im Laboratório Integrado em Diversidade Sexual e de Gênero, Políticas e Direitos da Universidade do Estado do Rio de Janeiro (LIDIS/UERJ).

Durchsetzung dieser Rechte angefacht. Sie argumentieren, dass die Justiz, indem sie Vorschriften rund um die Anerkennung dieser Rechte erlässt, den Nationalkongress seines verfassungsmäßigen Vorrechts beraubt habe, in diesem Bereich gesetzgeberisch tätig zu werden. Die Akteure der Justiz und die feministischen und LGBT-Bewegungen vertreten die Position, die Justiz handle nur nach der Maxime, die verfassungsmäßig festgeschriebenen Grundrechte wie das Recht auf Würde, Selbstbestimmung, Gesundheit und ein Leben ohne Folter zu schützen. Angesichts der starken konservativen Tendenzen und Positionen in der Legislative und einem Widerstreben (bzw. einer Handlungsschwäche) seitens der Exekutive hat sich die Judikative insbesondere auf Bundesebene als Schlüsselakteurin für den Zugang zu Rechten von Frauen und der LGBT-Gemeinschaft erwiesen. Der Protagonismus der Judikative, auch die «Justizialisierung der Politik» genannt, lässt sich nicht nur im Kontext der sexuellen und reproduktiven Rechte beobachten. Er kennzeichnet allgemein die brasilianische Politik der letzten Jahrzehnte, was an dieser Stelle jedoch nicht weiter ausgeführt werden kann.

Die Massenproteste, die in Brasilien ab Juni 2013 stattfanden, mobilisierten ein breites Spektrum gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen, die im Vergleich zu den herkömmlichen, eher traditionellen Bewegungen auch andere Strategien und Ziele verfolgen. Gegenwärtig scheinen in Brasilien neue Formen kollektiven Handelns zu entstehen: Einzelakteur/-innen oder Kollektive tauchen plötzlich auf und rufen zu Aktionen und öffentlichen Demonstrationen auf – im Netz und auf der Straße. Ihr Ziel ist nicht die direkte Interaktion mit dem Staat oder das Erkämpfen von sexuellen und reproduktiven Rechten im engeren Sinn. Vielmehr wollen sie durch ihre Aktionen – in Anbetracht einer spannungsgeladenen Gemengelage aus Politik und Emotionen – Zustimmung, Empörung, Unbehagen, Mitgefühl und Identifikation hervorrufen.

Gleichzeitig stehen etablierte feministische und LGBT-Organisationen vor der auch ihre Existenz bedrohenden Herausforderung schrumpfender finanzieller Förderung, die ihre Arbeit erst möglich machte. Diese Organisationen sind wichtig. Sie haben die sozialen Errungenschaften an vorderster Front erkämpft (und erkämpfen sie noch immer), sie leisten Widerstand gegen Rückschritte und sie verfügen über entscheiden-

des Wissen im Umgang mit dem Staat und internationalen Akteuren. Wenngleich die grundlegenden Veränderungen und das Aufkommen neuer kollektiver Handlungsformen bei all diesen Themen zu begrüßen sind, so birgt ein Ende des Engagements der etablierten Organisationen das Risiko, dass Frauen- und LGBT-Rechte beschnitten werden, insbesondere in Anbetracht des immer rigideren Auftretens konservativer Parlamentarier/innen in den verschiedenen gesetzgebenden Gremien.

Neben diesen Herausforderungen, die es zu meistern gilt, kann die Agenda für sexuelle und reproduktive Rechte in Brasilien gestärkt und vorangebracht werden, wenn einzelne soziale Bewegungen zusammenarbeiten. Hierzu gehören vor allem ein intensiverer Dialog und eine enge Koordination zwischen den Organisationen und Aktivist/innen der feministischen und der LGBT-Bewegung, aber auch über diese hinaus. Die Auseinandersetzungen um sexuelle und reproduktive Rechte verweisen – zusammengefasst – auf weitergehende Fragestellungen im Hinblick auf die Freiheit des Einzelnen, die Gewährleistung der Grundrechte und die Laizität des Staates. Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, dass die Akteur/innen der hier untersuchten sozialen Bewegungen den Schulterchluss mit anderen Bewegungen suchen, etwa Bewegungen gegen religiöse Intoleranz, Rassismus oder die Kriminalisierung des Rauschgiftkonsums, da diese Gruppen in ihrem Alltag häufig mit den selben Argumenten und Gegner/innen kämpfen. ■■■

Aus dem Portugiesischen von Martin Schorr

¹ Ende Januar 2016 waren dem brasilianischen Gesundheitsministerium bereits 4783 Verdachtsfälle auf Mikrozephalie bekannt, 404 Fälle galten als bestätigt.

² Mit der Resolution 175 des Nationalen Justizrates (Conselho Nacional de Justiça) vom Mai 2013 sind brasilianische Ämter verpflichtet, die Ehe gleichgeschlechtlicher Paare zu schließen und auf Wunsch gleichgeschlechtlicher Paare ihre bis dahin eingetragenen Partnerschaften auch als Ehe anzuerkennen. Die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare erkannte der Oberste Gerichtshof im Mai 2011 an, nachdem der Fall durch verschiedene Instanzen gegangen war.

³ Auf Druck des Nationalen Bundes der Arbeiter/innen im Gesundheitswesen (Confederação Nacional dos Trabalhadores na Saúde) entkriminalisierte das Oberste Gericht im April 2012 den Schwangerschaftsabbruch bei Anenzephalie.



Foto: Verónica Mastro Simone

Der Körper als Kapital in der brasilianischen Kultur

Mirian Goldenberg

Der brasilianische Sozialanthropologe Gilberto Freyre (1900–1987) hat den Körper der brasilianischen Frau stets verherrlicht – als Ergebnis der Vermischung dreier unterschiedlicher Rassen: weißer Portugies/-innen, schwarzer Afrikaner/-innen und Indigenen.

Seiner Ansicht nach ist die berühmte brasilianische Schauspielerinnen Sônia Braga der Inbegriff des brasilianischen Schönheitsideals: klein, brünett, lange schwarze, krause Haare, schlanke Taille, großer Po und kleine Brüste. Doch Freyre sah diesen idealen Körper durch den starken europäischen Einfluss gefährdet. Dies zeigte sich besonders deutlich angesichts der Popularität der Miss Brasilien von 1969, der brasilianischen Schauspielerinnen Vera Fischer, einer hochgewachsenen Frau mit weißer Hautfarbe, blonden, glatten Haaren («arisch glatt», wie Freyre es nannte) und einem weniger kurvenreichen Körper.¹

Ihr Körper war nun zum Schönheitsstandard in Brasilien geworden, was Freyre als Nachahmung europäischer Vorbilder kritisierte. Ein Beispiel dafür ist auch das Supermodel Gisele Bündchen, deren Aussehen europäischen Schönheitsvorstellungen entsprach und das nun von brasilianischen Frauen nachgeahmt wurde. Freyre empfahl den Brasilianer/innen, lieber einer Mode zu folgen, die dem tropischen Klima angemessener sei, anstatt der europäischen Mode nachzueifern. Er war sich dabei bewusst, dass sich Modevorstellungen nicht nur auf die Kleidung und den Körper beziehen, sondern auch die Gedanken, Gefühle, den Glauben, die Vorstellungen usw. beeinflussen.

Die Polemik, die durch den Miss-Brasilien-Wettbewerb 2005 ausgelöst wurde,

verdeutlicht, was Freyre mit seiner Kritik meinte: «Der Wettbewerb hätte auch gut und gerne in einem europäischen Land stattfinden können. Selbst die Miss Bahia² hatte die weiße Hautfarbe der Nachfahren der europäischen Einwanderer. Es geht nicht darum, Vorurteile gegen Weiße zu schaffen. Aber es ist doch eine Tatsache, dass der Wettbewerb nicht die Vielfalt der brasilianischen Frauentypen widerspiegelt. Man hat das Gefühl, dass diese Wettbewerbe nur den Eliten in den Bundesstaaten offenstehen, und dass Frauen, die die tatsächliche Vielfalt Brasiliens darstellen, ausgeschlossen sind. Man könnte sagen: Miss Brasilien ist nicht brasilianisch genug.»³

Der französische Ethnologe und Soziologe Marcel Mauss stellte fest, dass Menschen verschiedener Kulturen ihren Körper durch Nachahmung dessen gestalten, was als gut bzw. prestigeträchtig gilt.⁴ Jede Gesellschaft hat ihren typischen Körper. Menschen imitieren Handlungen, Verhaltensweisen und Körper, die in ihrer Kultur einen repräsentativen Status haben. In Brasilien sind es heutzutage Models, Sängerinnen, Schauspielerinnen und Fernsehmoderatorinnen, die von den Frauen am meisten imitiert werden. Alle haben das gleiche Hauptkapital: einen weißen, jungen, schmalen Körper.

Beim Vergleich von Brasilianerinnen mit Französischen stellt der Sozialanthropologe Stéphane Malysse fest, dass Französischen bei der Pflege ihres Äußeren ihr Hauptaugenmerk auf ihre Kleidung richten.⁵ Durch die Farben, Muster und Formen ihrer Kleidung versuchen sie, ihren Körper – insbesondere Po und Bauch – zu verdecken. Malysse zeigt, dass Brasilianerinnen ihren Körper ganz und gar nicht durch die Klei-

dung verdecken, sondern sich im Gegenteil so anziehen, dass sie ihren Körper zur Schau tragen.

Nur ein Körper, der frei von Altersfalten und Runzeln, Dehnungstreifen, Zellulitis, Flecken und Fett ist, gilt in Brasilien als «anständig angezogen». In diesem Sinne ist der Körper nicht nur wichtiger als die Bekleidung, sondern er ist tatsächlich die eigentliche Kleidung. Es ist der Körper, der gezeigt, geformt und nachgeahmt werden muss, und der entweder angesagt oder aus der Mode gekommen ist. Dabei sind Kleidung und Accessoires lediglich schmückendes Beiwerk für die Darstellung des Körpers.

Brasilien verzeichnete in den letzten 20 Jahren einen Boom der Kosmetikindustrie. Die Beschäftigung in dieser Branche ist fast um das Doppelte gestiegen. Frauen wenden in Brasilien stattliche Geldsummen für ihre «Verschönerung» auf. Der weibliche Teil der neuen Mittelschicht – der Teil der 40 Millionen Brasilianer/innen, die zwischen 2003 und 2011 die Armut hinter sich gelassen haben –, wurde als die «neue Lippenstift-Armee» bezeichnet, weil sie einen beträchtlichen Teil ihres Einkommens für Kosmetikprodukte und Schönheitsbehandlungen ausgeben. Diese Summe wird in absoluten Zahlen bis Ende des Jahrzehnts höher sein als das von der Oberschicht dafür ausgegebene Geld.

Wie lassen sich dieser Boom und die ständig steigende Beliebtheit von Schönheitsoperationen und Fitnesscentern in Brasilien nun erklären? Wissenschaftler/innen nennen strukturelle Veränderungen in der Arbeitswelt als einen Grund: Die Zahl der arbeitenden Frauen ist gestiegen, aber auch die Konkurrenz und Differenzierung am Arbeitsplatz.⁶ Dies hat sowohl die «Angst vor dem Dickwerden» als auch die «Angst vor dem Älterwerden» gefördert. Die Konkurrenz auf dem Heiratsmarkt und bei der Partnersuche ist für Frauen über 30 äußerst gnadenlos, auch dies liefert eine Erklärung für den Boom der Kosmetikindustrie. Es gibt jedoch auch deutliche rassistische (und rassistische) Assoziationen beim vorherrschenden Körperkonzept. Wie der Sozialanthropologe Alvaro Jarrín herausfand, gibt die ehemals arme und nun zur Mittelschicht aufgestiegene Brasilianerin – die mit an Gewissheit grenzender Wahrscheinlichkeit schwarz ist – ihr höheres Einkommen zunächst für die Glättung ihrer Haare und für eine Schönheitsoperation zur Verkleinerung ihrer Nase aus.⁷ Das hat einen einfachen Grund: Das afrikanisch krause

Haar gilt als «schlecht» (cabelo ruim) und eine flache Nase wird als «Nase der Armen» (nariz de pobre) bezeichnet. Diese beiden Merkmale sind nach den vorherrschenden Schönheitsstandards negativ besetzt und stellen ein ganz reales Problem bei der Bewerbung um einen Arbeitsplatz dar, wo ein «gutes Aussehen» gefragt ist.

Bei der «Optimierung des Körpers» liegen die Brasilianerinnen im internationalen Vergleich ganz vorn, wie jüngste Daten zeigen. Brasilien belegt bei der Anzahl an Schönheitsoperationen mittlerweile Platz eins. Frauen stellen dabei mit 88 Prozent die große Mehrheit. Brasilien liegt nach den USA auch an zweiter Stelle beim Einsatz von Botox und Brustimplantaten. Eine Besonderheit der Brasilianerinnen ist jedoch, wie schnell sie sich für eine solche Art von OP entscheiden. Dahinter stehen drei hauptsächliche Motive: Die Beseitigung unerwünschter Alterserscheinungen, die Korrektur körperlicher Defekte und zunehmend die Schaffung eines perfekten Körpers.

«Brasilien belegt bei der Anzahl an Schönheitsoperationen mittlerweile Platz eins. Frauen stellen dabei mit 88 Prozent die große Mehrheit. Brasilien liegt nach den USA auch an zweiter Stelle beim Einsatz von Botox und Brustimplantaten.»

Internationale Untersuchungen ergaben, dass 63 Prozent der Brasilianerinnen gewillt sind, eine Schönheitsoperation durchzuführen. Das ist der höchste Anteil weltweit. Frauen in den USA stehen beispielsweise mit 25 Prozent an vierter Stelle. 89 Prozent der Brasilianerinnen gaben an, dass sie gern etwas an ihrem Körper verändern würden, und 58 Prozent erklärten, sie würden es sich nicht zweimal überlegen, wenn eine Schönheits-OP kostenlos wäre. Sieben von zehn Brasilianerinnen sagen, sie würden lieber zu Hause bleiben als auszugehen, wenn sie sich hässlich, alt oder dick fühlten. Sie würden weder zum Strand oder zu Partys gehen, und noch nicht einmal zur Arbeit. Sie sind auch diejenigen, die sich am häufigsten dick, pummelig und unattraktiv fühlen. Lediglich 2 Prozent gaben an, dass sie sich als hübsch empfinden. Die Brasilianerinnen stehen auch beim Konsum von Medikamenten zur Gewichtsabnahme weltweit auf Platz eins. Überdosierungen, die in

Mirian Goldenberg ist Professorin für Kulturelle Anthropologie am Institut für Philosophie und Sozialwissenschaften der Bundesuniversität von Rio de Janeiro. Seit 2010 ist sie Kolumnistin der Tageszeitung *Folha de São Paulo*. Außerdem ist sie Gastprofessorin der Casa do Saber (Haus des Wissens) in Rio de Janeiro.

Brasilien häufig vorkommen, sind gefährlich und können zu Panikattacken, Halluzinationen, Krämpfen, Koma und Tod führen.

Die Obsession mit dem Gewicht und die große Popularität von Diäten und körperperformenden Aktivitäten bezeugen die normative Macht perfekt geformter Körper. Diese normative Macht ist Ausdruck des starken Wunsches nach ästhetischer Konformität, was nach Ansicht des französischen Philosophen Gilles Lipovetskyie mit dem Ideal der individuellen Differenzierung kollidiert.⁸ In der Tat gehen die Entwicklung des Individualismus und der zunehmende soziale Druck hinsichtlich eines perfekten Körpers in Brasilien Hand in Hand. Auch wenn sich die Brasilianerinnen von früheren Formen der Unterdrückung ihres Körpers befreit haben, so unterliegen sie heute ständigen ästhetischen Zwängen, die strikter sind als zuvor. Insbesondere in der Mittelschicht genießen die Frauen einerseits die bisher größten Freiheiten überhaupt, andererseits sind sie einer starken Kontrolle ihres Körpers unterworfen.

«Insbesondere in der Mittelschicht genießen die Frauen einerseits die bisher größten Freiheiten überhaupt, andererseits sind sie einer starken Kontrolle ihres Körpers unterworfen.»

Im heutigen Brasilien kommt man kaum um die Telenovelas herum. Diese Novelas üben einen nachhaltigen Einfluss auf den Lebensstil und auf Entscheidungen der Brasilianer/innen aus. Sie sind zum festen Bestandteil des gesellschaftlichen Gefüges in Brasilien geworden.

Die Interamerikanische Entwicklungsbank veröffentlichte 2008 zwei Studien, in denen ein Zusammenhang zwischen dem Konsum von Telenovelas des Marktführers Rede Globo und den sinkenden Geburtenraten sowie den steigenden Scheidungsraten in Brasilien festgestellt wurde.⁹ Laut einer dieser Studien ist die Geburtenrate in Brasilien in den zurückliegenden 50 Jahren stark gesunken, und zwar von mehr als sechs Kindern pro Familie 1960 auf rund zwei Kinder im Jahr 2000. Dieser Rückgang ist mit dem in China vergleichbar, vollzog sich jedoch ohne jegliche staatlichen Maßnahmen zur Familienplanung. Eine Analyse von 115 Globo-Novelas aus den Jahren 1965 bis 1999 ergab, dass 72 Prozent der Hauptdarstellerinnen keine Kinder und 21 Prozent lediglich ein Kind hatten. In den Novelas

wird die kleine, hübsche, weiße, gesunde, städtische, konsumorientierte Familie der Mittel- und Oberschicht dargestellt. Die Novelas waren ein einflussreiches Medium, mit dem die Kleinfamilie idealisiert wurde.

2009 spielte in der Novela «Viver a Vida» (Das Leben leben) eine Mulattin erstmalig eine Hauptrolle. Sie spielt ein hübsches und sehr berühmtes brasilianisches Top-Model. In der gesamten Presse wird betont, wie wichtig dieser Bruch mit alten Rollen für die Schwarzen in Brasilien sei, insbesondere für schwarze Frauen. Auch heutzutage assoziiert man schwarze Brasilianerinnen immer noch mit Karneval, Prostitution und der Rolle des Hausmädchens. Zugleich ist es möglich, als schwarze Brasilianerin eine berühmte Schauspielerin zu werden und einen Körper zu haben, der für alle im Land zum Ideal wird. Er muss nur schlank sein und das Haar darf weder das «cabelo ruim» noch die Nase die «nariz de pobre» sein.

Mit seinem Buch «Über den Prozess der Zivilisation» bringt uns Norbert Elias diese ästhetische Moral der Brasilianer etwas näher.¹⁰ Nach Auffassung von Elias wurde mit der stärkeren Zurschaustellung des Körpers mehr Selbstkontrolle von Frauen und Männern notwendig. Diesem Gedankengang zufolge, könnte man meinen, dass sich hinter der scheinbaren Befreiung brasilianischer Körper ein «zivilisatorischer Prozess» verbirgt. Dieses neue moralische Gebot des «in Form»-Seins verlangt den Brasilianer/innen heutzutage eine enorme Disziplin ab, ihr körperliches Erscheinungsbild zu kontrollieren.

Wenn der Körper ein Abbild der Gesellschaft ist, was können wir dann für die brasilianische Gesellschaft mit ihrem Ideal der wohlgeformten Körper schlussfolgern? Wenn ich in meinen Forschungsarbeiten zum Beispiel Frauen gefragt habe, warum sie andere Frauen beneideten, so lautete die Antwort meistens: Schönheit und ihr «Körper». Wenn ich Männer fragte, warum sie Männer beneideten, lautete die Antwort: Intelligenz, finanzielle Macht und ihr «Körper». Bei der Frage: Was zieht Sie an einem Mann am meisten an? Die Antworten der Frauen waren: Intelligenz und der «Körper». Wurde die gleiche Frage bezüglich Frauen den Männern gestellt, so lautete die Antwort zumeist: Schönheit und der «Körper». Der «Körper» wurde sogar noch stärker in den Vordergrund gerückt, wenn ich Frauen die Frage stellte: «Was zieht Sie sexuell am meisten an einem Mann an?» Die Antwort-

ten waren: der Brustkorb und der «Körper». Bei Männern waren die häufigsten Antworten im Hinblick auf die Frauen: der Po und der «Körper».

Überraschend war für mich, welche zentrale Bedeutung das Konzept des «Körper» für die brasilianische Mittelschicht hat. Es ist der wohlgeformte, athletische, durchtrainierte, gesunde, junge, hübsche, sinnliche und erotische Körper. Die Kultur der «Verschönerung» verwandelt den natürlichen Körper in einen markanten Körper, der sich von den anderen abhebt. Dabei gibt es drei Konzepte:

1) der Körper als Symbol der Arbeit, die ein Mensch investiert hat, um den eigenen Körper in Form zu bringen;

2) der Körper als Marke, die die Überlegenheit derjenigen darstellt, die einen gut geformten Körper haben;

3) der Körper als eine Auszeichnung, die sich diejenigen verdient haben, die es durch harte Arbeit, Aufopferung und eine Menge Zeit und Geld geschafft haben, einen «zivilisierteren» Körper zu erlangen.

Der Körper und all das, wofür er steht, bewirkt bei Brasilianer/innen eine Zustimmung zu einem bestimmten Lebensstil und Verhaltenskodex. Die Einhaltung dieser Normen wird mit einem Zugehörigkeitsgefühl zu einer höhergestellten Gruppe belohnt. Der Körper ist ein Symbol, das Unterschiede zwischen den gesellschaftlichen Gruppen in der brasilianischen Kultur sichtbar macht. Wir können sagen, dass der Körper heutzutage zum wichtigsten Kapital der Brasilianer/innen gehört: Er gilt als Instrument für den gesellschaftlichen Aufstieg, aber auch als wichtiger Trumpf, wenn es um die Bewerbung für einen Arbeitsplatz oder um die Suche nach einem geeigneten Partner für Sex, zum Ausgehen oder für die Ehe geht. ■■■

Aus dem Englischen von Stefan Gabriel

- ¹ Freyre, Gilberto (1987): *Modos de homem, modos de mulher*. Rio de Janeiro: Record.
- ² Bahia gehört zu den brasilianischen Bundesstaaten mit dem höchsten Anteil an Menschen mit schwarzer Hautfarbe.
- ³ França, Jamari (2005): *In search of the Brazilian woman in Miss Brazil*, in *Globo Online*, 15/04/2005.
- ⁴ Mauss, Marcel (1975): *Sociologia e Antropologia*. São Paulo: EPU/EDUSP.
- ⁵ Malysse, Stéphane (2002): *Em busca dos (H)alteres-ego: olhares franceses nos bastidores da corpolatria carioca*. In: *Nu & Vestido: dez antropólogos revelam a cultura do corpo carioca*. Rio de Janeiro: Record.
- ⁶ Edmonds, Alexander (2002): *No universo da beleza: notas de campo sobre cirurgia plástica no Rio de Janeiro*. In: *Nu & Vestido: dez antropólogos revelam a cultura do corpo carioca*. Rio de Janeiro: Record.
- ⁷ Jarrín, Alvaro (2010): *Cosmetic Citizenship: Beauty, Affect and Inequality in Southeastern Brazil*. Durham: Duke University.
- ⁸ Lipovetsky, Gilles (2000): *A terceira mulher*. São Paulo: Companhia das Letras.
- ⁹ <http://www.iadb.org/res/files/WP-633updated.pdf>; <https://publications.iadb.org/bitstream/handle/11319/1641/Television%20and%20Divorce%3a%20Evidence%20from%20Brazilian%20Novelas.pdf;jsessionid=82ECAC9E08FABB8474E7734E77D821D3?sequence=1>
- ¹⁰ Elias, Norbert (1990): *O processo civilizador: Uma história dos costumes*. Rio de Janeiro: Zahar.

Kuschelkurs mit dem Neoliberalismus

Lateinamerikas liberale Feministinnen in der Kritik

Veronica Schild



Foto: Frida Hartz

Die lateinamerikanischen feministischen Bewegungen der 1970er-Jahre entstanden während der revolutionären Kämpfe gegen brutale Repressionsregime. Militärjuntas hatten in Brasilien 1964, in Bolivien 1971, in Uruguay und Chile 1973 und in Argentinien 1976 die Macht an sich gerissen und technokratische Diktaturen errichtet. Um die linke Opposition zu beseitigen, die Gewerkschaften zu zerstören und die Zivilgesellschaft zu demobilisieren, ließen sie foltern und Menschen gewaltsam verschwinden. Die lateinamerikanische Wirtschaft war auf Importsubstitution (developmentalism) ausgerichtet und unzureichend entwickelt. Eine umfassende fordistische Politik hat es nie gegeben. Das Familienmodell des männlichen Alleinverdieners und der sorgsamsten Hausfrau blieb selbst in Argentinien, Mexiko und Venezuela nur einer kleinen Minderheit von Fachkräften vorbehalten. Die Mehrzahl der lateinamerikanischen Frauen war berufstätig und arbeitete auf dem Land oder als Hausangestellte, während die Frauen der Elite durch ihre Haushaltshilfen von der Hausarbeit befreit waren. Aufgrund der gescheiterten Wirtschaftspolitik, die – nicht zuletzt wegen einer fehlenden Landreform – nicht in der Lage war, die Armut und Ungleichheit in der Region zu lindern, kam es zum politischen Aktivismus der 1960er-Jahre, den die Militärdiktaturen zerschlagen wollten.

Die lateinamerikanischen feministischen Bewegungen der 1970er-Jahre imitierten nicht einfach nordamerikanische oder europäische Bewegungen; in vielen Fällen entwickelten sie sich aus sozialistischen, anarchistischen, katholischen oder liberalen Strömungen sowie aus traditionellen Formen von Aktivismus, aus der

Forschung und kulturellen Interventionen, deren Ursprünge bis in das 19. Jahrhundert zurückreichen. Im Vergleich zu Europa und Nordamerika waren zu dieser Zeit viel mehr Intellektuelle und Frauen der Mittelschicht feministisch-politisch aktiv. In Zeiten der Unterdrückungsregime kämpften sie gemeinsam für Grundrechte und Gleichheit. Den sozialistischen und radikalen Feministinnen schlossen sich «Feministinnen des Volkes» an, Frauen der Arbeiterklasse aus kirchlichen oder nachbarschaftlichen Vereinigungen, die sich gegen die Diktaturen organisierten.

Ein bedeutender Teil der Feministinnen kam aus den revolutionären Bewegungen der 1960er-Jahre, die sowohl als Reaktion auf die wirtschaftliche Ungleichheit als auch auf imperialistische Interventionen der USA entstanden waren, wobei eine wesentliche Inspiration zweifellos von der Kubanischen Revolution ausging. Diese jungen Aktivistinnen der revolutionären Linken wurden «die glühenden Feministinnen der 1970er-Jahre», die oft in «doppelter Mitgliedschaft» sowohl in linken Parteien als auch in Frauengruppen aktiv waren. Langfristig betrachtet war jedoch der Aufschwung des katholischen Aktivismus möglicherweise genauso bedeutend.

Lateinamerikanische Feministinnen interpretieren den Aktivismus der Frauen vorherrschend säkular. Die Geschichte der gesellschaftlichen Mobilisierung des Kontinents zeigt jedoch, dass katholisches Denken und Handeln ab den späten Fünfzigern zunehmend an Bedeutung gewannen. Die Alphabetisierungsmethode und emanzipatorische Pädagogik des brasilianischen Erziehungswissenschaftlers Paulo Freire spielten in der Solidaritätsarbeit der

Verónica Schild ist emeritierte Professorin der Universität von Western Ontario, Kanada, und forscht zu Themen wie Staat, politische Ökonomie und Gender. Sie lehrte in Europa und Chile und war 2013 die erste Gastprofessorin auf der neu eingerichteten Internationalen Professur für Geschlechterforschung (Dahlem International Network Professorship for Gender Studies) der Freien Universität Berlin. Sie war auch Research Fellow des internationalen, interdisziplinären und multi-institutionellen Netzwerkes zur Erforschung von Ungleichheiten in Lateinamerika, Desigualdades.net (2010–2015). Sie hat zahlreiche Aufsätze und Werke über Feminismen, Staatsbürger/innenschaft und den neoliberalen Staat in Chile und Lateinamerika publiziert. Sie selbst hat die chilenische und kanadische Staatsbürgerschaft.

lateinamerikanischen Feministinnen in den frühen Jahren eine zentrale Rolle. Gleiches trifft im weiteren Sinne auf die militante Linke und auch auf die Befreiungstheologie zu. Die Methoden der kritischen Volksbildung wurden von Aktivistinnen der Bewegungen aufgegriffen und mit grundlegenden feministischen Lehrzielen verbunden. Zu den behandelten Themen gehörten u. a. die weibliche Sexualität, rechtliche Aspekte, Eltern-Kind-Beziehungen oder die persönliche Entwicklung. Diese Lehrinhalte wurden in der Bildungsarbeit mit Frauen auf dem Land und in ärmeren Stadtvierteln eingesetzt. So entwickelten sich die pädagogischen Techniken von Paulo Freire zur Lingua Franca für die Gender-Entwicklungsprojekte der feministischen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in den 1980er-Jahren. Auch heute noch werden sie in der gesamten Region eingesetzt, um Frauen in ländlichen Gebieten und auch in den indigenen Gemeinschaften zu erreichen.

Für den lateinamerikanischen Feminismus war möglicherweise die persönliche Unabhängigkeit – sowohl in materieller als auch in psychologischer Hinsicht – das wichtigste Konzept. Die Unabhängigkeit war ein entscheidender Ansatz vieler Workshops zur Stärkung des feministischen Selbstbewusstseins und der Selbstentfaltung, die in den 1970- und 1980er-Jahren überall auf dem Kontinent für ärmere und werktätige Frauen veranstaltet wurden. Und

Encuentros Feministas Latinoamericanos y del Caribe (Feministische Treffen Lateinamerikas und der Karibik)

Seit 1981 fanden 13 Encuentros statt. Eine wachsende Zahl von feministischen Aktivistinnen – Frauen aus ganz unterschiedlichen Milieus – ziehen bei den Treffen Bilanz über die Situation der Frauen in der Region und diskutieren über Strategien und Wege zur Verbesserung ihrer rechtlichen, sozialen und ökonomischen Lage. Die Treffen waren und sind auch Orte von hitzigen Auseinandersetzungen zwischen den «autonomen» und «institutionalisierten» Frauen(gruppen) um die richtigen Strategien. Gewalt gegen Frauen und Feminizide zu bekämpfen sind zentrale Themen. Nicht zuletzt deshalb finden die Treffen meist um den 25. November statt, dem UN-Tag gegen Gewalt an Frauen.

Das 1. Treffen fand 1981 in Bogotá statt. Es folgten Treffen in Lima (1983), Bertioga, Brasilien (1985), Taxco, Mexiko (1987), San Bernardo, Argentinien (1990), San Salvador, El Salvador (1993), Cartagena, Chile (1996), Juan Dolio, Dominikanische Republik (1999), Playa Tambor, Costa Rica (2002), São Paulo (2005), Mexiko (2007), Bogotá (2011) und Lima (2014). Das nächste Treffen wird voraussichtlich 2017 in Uruguay stattfinden.

auch in den Debatten bei den nationalen und regionalen Treffen, den «Encuentros Feministas Latinoamericanos y del Caribe» (Feministische Treffen Lateinamerikas und der Karibik), die ab 1981 regelmäßig stattfanden. Der dort entwickelte Diskurs sollte Frauen dazu animieren, unabhängige und eigenständige Akteurinnen, «selbstständige Individuen», zu werden. Sie sollten sich von einer Femininität befreien, die sie auf ihre Rolle als Mütter und damit als «Wesen für Andere» reduziert und in eine untergeordnete Rolle zwingt. Diese Positionen waren mit einer neuen, engagierten feministischen Militanz, einer «militancia comprometida», verbunden, die aus dem feministischen Aktivismus linker Frauen entstanden war. Die Kritik der Mutterrolle als dem stärksten Hindernis für die Unabhängigkeit der Frauen wurde vor allem von jungen Feministinnen mit Hochschulbildung vorgetragen. Im Mittelpunkt stand dabei die Schaffung eines eigenen Raums – nicht nur physisch, sondern auch emotional und psychologisch – durch den Bruch mit der traditionellen Femininität. Dies stand im Gegensatz zu den maternalistischen Positionen der kirchlich geführten Gruppen, die oft Frauen als Mütter mobilisierten. Für viele schwarze und indigene Frauen war die Mutterschaft weiterhin ein wichtiges Argument, um Forderungen Ausdruck zu verleihen. «Wir, die Frauen von Chiapas, wollen nicht länger Kinder gebären, um eure Armeen zu füttern, und wir sind auch nicht mehr bereit, Gewalt und Kriege zu rechtfertigen. Und wir werden auch keine billigen Arbeitskräfte für neoliberale Firmen liefern», wurde Anfang der 2000er-Jahre auf einem Treffen von 500 Frauen in San Cristóbal de las Casas erklärt.

Dadurch blieben in Lateinamerika feministische Praktiken an hierarchische gesellschaftliche Beziehungen gebunden. Solidarität nahm oft die Form einer pädagogischen Beziehung an. Aktivistinnen wurden ausgebildet, um anderen Frauen beim Erreichen ihrer Unabhängigkeit zu helfen. Unausweichlich brachte dies das Risiko mit sich, dass strukturelle Ungleichheiten zwischen Klassen und Rassen reproduziert wurden. Konflikte zwischen verschiedenen Strängen des Feminismus waren vorprogrammiert. Dies zeigten die Versuche, Ausgrenzungen aus der Bewegung aufgrund von Rasse und Gesellschaftsschicht sichtbar zu machen. Auf dem «Encuentro Feminista» 1983 in Lima veranstalteten schwarze und indigene Frauen einen Workshop über

Rassismus, in dem sie forderten, dieses Thema bei allen nachfolgenden Treffen aufzugreifen. Als die Frage der Rasse auf dem Encuentro 1993 in El Salvador beiseite gedrängt wurde, kämpften indigene und afro-lateinamerikanische Frauen darum, dass es auf dem Encuentro 1996 in Cartagena wieder auf die Tagesordnung kam. Mit dem Workshop «El lado oscuro y discriminado del feminismo en el Ser y Hacer feminista» (Die dunkle und diskriminierte Seite des Feminismus im feministischen Sein und Handeln) brachten sie sich stark in die Debatte ein.

Der Feminismus erlebte in der Ära des Neoliberalismus eine Blüte. Er entwickelte sich von einer «radikalen Bewegung der Gegenkultur» zu einem «sozialen Massenphänomen» und veränderte dabei gesellschaftliche Vorstellungen und etablierte Ansichten zu Familie, Arbeit und Würde. In der Tat hat der Neoliberalismus viele genderrelevante Begleiterscheinungen. Der hohe Anteil der Frauen an der Lohnwirtschaft – erstmalig in der Geschichte – war ein Eckpfeiler der Strategien zur Flexibilisierung der Arbeitskräfte. Frauen standen auch im Zentrum der intensiven staatlichen Bemühungen zur normativen Regulierung von Genderfragen. Ziel war es, jene, die noch nicht auf dem Arbeitsmarkt waren, beschäftigungsfähig zu machen und in den Pool potenzieller Arbeitskräfte einzugliedern. Feministische Errungenschaften spielten bei dieser Politik eine herausragende Rolle.

Wie und warum wurden die Feministinnen in das Projekt des Neoliberalismus hineingezogen?

Die Unabhängigkeit der Frau spielt gegenwärtig in Lateinamerika für das kulturelle Projekt des Neoliberalismus eine entscheidende Rolle. Sie zu erlangen, ist Teil der sozialen Programme zur Unterstützung der Armen, die von staatlichen Behörden und den von ihnen beauftragten NGOs umgesetzt werden. In der Tat ist die persönliche Entwicklung («Desarrollo Personal») eine explizite Schulungsanforderung der chilenischen und kolumbianischen Armutsbekämpfungsprogramme, die auf die Förderung einer neuen weiblichen Identität abzielen. Sie richtet sich gegen eine scheinbar passive Subjektivität, welche mit der

«Der Feminismus erlebte in der Ära des Neoliberalismus eine Blüte. Er entwickelte sich von einer «radikalen Bewegung der Gegenkultur» zu einem «sozialen Massenphänomen» und veränderte dabei gesellschaftliche Vorstellungen und etablierte Ansichten zu Familie, Arbeit und Würde.»

ständigen Orientierung auf andere, zum Beispiel als Mütter oder Hausfrauen, gleichgesetzt wird. Diese Institutionalisierung des feministischen Strebens nach Unabhängigkeit oder Selbstbestimmung hat zweifellos einen neuen Raum für Frauen geschaffen. Gleichzeitig hat es sie in neue Unterdrückungs- und oft Ausbeutungsbeziehungen gezwängt. Die Unabhängigkeit, die das neoliberale Modell der Familie mit doppelem Einkommen und «flexibler» Arbeit bietet, hat ihren Preis: Emanzipation dient als Brennstoff für den Motor der kapitalistischen Akkumulation, wie Kritiker aufzeigen, während Betreuung und Pflege im Haushalt nach wie vor zum großen Teil auf den Schultern der Frauen lasten.

Angesichts der zunehmend prekären wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen wirken geschlechtsspezifische Armutsbekämpfungsprogramme, die mit Selbstbestimmung und Inklusion gerechtfertigt werden, auch als Ausgrenzungsmechanismen. Die Übertragung der Verantwortung an die Frauen in Lateinamerika ging einher mit einer starken «Kriminalisierung von Armut». Polizei und Gerichte gehen hart gegen die (zumeist männlichen) Straftäter aus armen Stadtteilen vor. Hohe Gefängnisstrafen werden verhängt, die Haftanstalten zunehmend privatisiert. Prävention und Rehabilitation spielen kaum mehr eine Rolle. Auch Männer, die im Zuge kapitalistischer Umstrukturierungen ihre Arbeit verlieren, sehen sich oft harten Maßnahmen ausgesetzt, mit denen sie unter Kontrolle gehalten werden sollen.

Der Aufstieg eines institutionalisierten Feminismus in Lateinamerika brachte nicht nur die Veränderung von Ideen mit sich, er führte auch dazu, dass Einrichtungen, Verfahren und Diskurse, die früher bei der politischen Opposition zu verorten waren, nun von den Regierungsstellen, einschließlich politisch orientierter Thinktanks und Forschungszentren, übernommen wurden. Tatsächlich erlebten wir in den 1990-Jahren in der Region die Konsolidierung eines «Feminismus des Möglichen». Ein prag-

matischer, liberaler Ansatz der Frauenpolitik wurde auf die breitere Agenda einer vorsichtigen Demokratisierung innerhalb der von den lokalen und internationalen kapitalistischen Bedingungen vorgegebenen Grenzen gerückt. Gefördert durch aufwändig finanzierte Programme neoliberaler institutioneller Modernisierung konnten einigen Frauen zu führenden Stimmen des Feminismus und zu rechtmäßigen Partnerinnen von staatlichen und transnationalen Institutionen werden, während andere an den Rand gedrängt oder zum Schweigen gebracht wurden. Dadurch wurde bestimmt, welche Frauen die Vermittlerrollen in den ergebnisoffenen Bemühungen zur Förderung einer transnationalen Agenda für die

«Emanzipation dient als Brennstoff für den Motor der kapitalistischen Akkumulation, wie Kritiker aufzeigen, während Betreuung und Pflege im Haushalt nach wie vor zum großen Teil auf den Schultern der Frauen lasten.»

Gleichstellung der Frauen übernehmen, die auf der Anwendung von Gender als technischem Konzept basierte und in der Sprache liberaler Menschenrechte abgefasst war.

Damit konnte leichter definiert werden, wer die «Gewinnerinnen» und wer die «Verliererinnen» in der Transformation sein würden, die Sonia Alvarez als die «NGO-isierung» des lateinamerikanischen Feminismus beschrieb – einen Prozess, bei dem nun zu Bürokratinnen gewordene einstige Aktivistinnen ihre feministischen Kenntnisse als politische Expertise einbrachten, während ihre ehemaligen ärmeren Schwestern als Klientinnen für die Sozialprogramme rekrutiert wurden.

Die Entwicklung dieses «Feminismus des Möglichen» stieß von Anfang an auf starken Widerstand, wie die nachfolgenden regionalen Encuentros klar zeigten. Es gab harte Auseinandersetzungen auf dem Encuentro Feminista in El Salvador 1993 über die Vorschläge der OECD zur Finanzierung der Teilnahme der Entwicklungsländer an der UN-Frauenkonferenz 1995 in Peking. Viele waren entschieden dagegen, dass die USAID-Bürokratie fünf Gruppen von NGOs bestimmen und finanzieren sollte, die als Abgesandte von Mexiko, Mittelamerika, den Andenländern, Brasilien und dem Cono Sur (Argentinien, Chile, Paraguay und Uruguay) auftreten und

sich auf das benannte Thema «Gewalt und politische Teilhabe» konzentrieren sollten. Die Diskussion zwischen «unabhängigen» und «institutionalisierten» Feministinnen verschärfte sich auf dem Encuentro Feminista 1996 in Cartagena. Bei dem Treffen in der Dominikanischen Republik 1999 kam es zu einem heftigen Schlagabtausch über die NGO-isierung und die Finanzierung des Encuentro Feminista selbst (u.a. durch Oxfam, Unifem, die Heinrich-Böll-Stiftung und die Global Foundation). Die unabhängigen Feministinnen argumentierten, dass die Bewegung zu ihren ursprünglichen und subversiven Wurzeln zurückkehren sollte. «Mit der Politik des Möglichen bekommen wir vielleicht einen Anteil der Macht, aber diese Macht kann sich als Illusion erweisen.»¹ Die Verteidigung der «Maquilas» (Verarbeitungsbetriebe) durch die dominikanische Feministin Magaly Pineda mit dem Argument, dass sie Frauen wirtschaftliche Unabhängigkeit böten, wurde drei Jahre später in Costa Rica von der honduranischen Arbeiterin Daisy Flores hart attackiert: «Maquilas sind Orte der Folter und stellen keine Alternative würdiger Arbeit für Frauen dar.» In der Abschlusserklärung des Encuentro wurden die geldgebenden Regierungen angegriffen, weil sie gleichzeitig Kriege führen und neoliberale Politiken durchsetzen, die Gewalt und Elend in der Welt verstärken. Wie abschließend die Aktivistin Yanahir Reyes klarstellte, werden auch die Erfolge des Feminismus im postliberalen Venezuela angesichts anhaltender Probleme mit Gewalt und Sexismus in Frage gestellt, trotz einiger rechtlicher und sozialer Fortschritte und einem stärkeren Selbstwertgefühl der Frauen.

Feministische Forscherinnen haben auch dokumentiert, was Maruja Barrig aus Peru als «Unzufriedenheiten» des lateinamerikanischen Feminismus benannte. Über den pragmatischen Feminismus in Peru schreibt Barrig, dass der Wechsel zu den Korridoren der Macht unausweichlich zur Vermeidung von Kritik am Kapitalismus und den sozialen Klassen führte. Der vielleicht wichtigste angeführte Punkt ist, dass sich die auf der liberalen feministischen Agenda in Lateinamerika stehenden Maßnahmen zur Verbesserung der Lage der Frauen als ungeeignet herausgestellt haben, um den wachsenden Unterschieden entgegenzuwirken, die aufgrund von Klasse oder Rasse zwischen den Frauen in der Region bestehen. Jüngste kapitalistische Entwicklungen, insbesondere der Ausbau

der extraktiven Industrien und der Agrarindustrie mit ihren verheerenden Auswirkungen auf die ländlichen Gemeinden und die Umwelt, haben die Gräben zwischen unterschiedlichen Frauengruppen in der Region verstärkt und den Abgrund zwischen Gewinnerinnen und Verliererinnen vergrößert. Und diese Gräben spiegeln sich in der Politik des Feminismus und in der heutigen Mobilisierung der Frauen wider. In der gesamten Region sind unzählige feministische Organisationen und «Colectivos» entstanden, die sich um eine Reihe von Themen kümmern und neue Frauengenerationen hauptsächlich aus der Mittelschicht anziehen. Da die Auswirkungen des Kapitalismus in ländlichen und städtischen Gegenden gleichermaßen zu spüren sind, werden auch zunehmend Stimmen von den gesellschaftlichen Rändern laut, die ihre eigenen Visionen artikulieren und eigene Forderungen erheben. Es entstehen neue Ausdrucksformen eines «Volksfeminismus», bei denen Vielfalt, Umweltbewusstsein und wirtschaftliche Nachhaltigkeit im Vordergrund stehen. Für «Feministinnen des Volkes» und auch für viele afro-lateinamerikanische und indigene Frauen ergeben sich Forderungen nach Geschlechtergerechtigkeit aufgrund ihrer eigenen materiellen Verhältnisse. Bei ihren Kämpfen haben sie nie die Kritik der politischen Ökonomie aus den Augen verloren.

Das Schicksal des lateinamerikanischen Feminismus im 21. Jahrhundert ist nicht von der breiteren gesellschaftlichen Dynamik zu trennen, auf der die Ungleichheiten in der Region beruhen, die durch soziale oder wirtschaftliche Stellung oder Zugehörigkeit zu einer Rasse bedingt sind. Ein neuer kritischer Feminismus, der zu einem umfassenderen emanzipatorischen Projekt beitragen kann, muss sich mit diesem Erbe auseinandersetzen, wenn er für die Mehrheit der Frauen heute relevant sein soll. ■■■

Dieser Artikel basiert auf der Abhandlung «Feminismus und Neoliberalismus in Lateinamerika», die in der Ausgabe Nov./Dez. 2015 der *New Left Review* 96 erschien. Eine frühere Version dieses Essays wurde unter dem Titel «Die Spezifik lateinamerikanischer Feminismen im Kontext neoliberaler Regulierung» in *Das Argument* 308, 3, 2014, veröffentlicht.

Aus dem Englischen von Stefan Gabriel

¹ Restrepo, Alejandra / Bustamante, Ximena (2009), 10 Encuentros Feministas Latinoamericanos y del Caribe: Apuntes para una historia en movimiento, México D.F., S. 33–34.



Foto: Verónica Mastrosimone

Legalize it – Der Kampf um legale Abtreibung

Sexuelle und (nicht) reproduktive Rechte in Argentinien

Dahiana Belfiori

In Lateinamerika fordern Frauen seit langem die Anerkennung ihrer sexuellen und reproduktiven Rechte (SSR). Auch wenn inzwischen einige Fortschritte bei der Durchsetzung von SSR erzielt wurden, so fehlt es von Regierungsseite her an politischen Vorgaben, die diese Rechte achten, schützen und einlösen. Programme zur Aufklärung über Verhütungsmittel wurden entweder von den Regierungen behindert oder ohnehin nicht aufgelegt, Abtreibungen wurden kriminalisiert und auch der Zugang zu umfassender Sexualerziehung sowie sexueller und (nicht) reproduktiver Gesundheit wurde verhindert. Es waren und sind die Kämpfe und Koordinierungsbemühungen der Frauen- und feministischen Bewegungen sowie der LGTB-Bewegung, die diese Themen dennoch auf die öffentliche und politische Agenda brachten und die Länder dazu verpflichteten, Lösungen zu erarbeiten. In Argentinien haben sich diese Kämpfe in den letzten Jahren in der Verabschiedung einer Reihe von Gesetzen niedergeschlagen, die oben genannte Forderungen umsetzen. Hier einige Beispiele:

- Das Gesetz 25.673 über die Einrichtung des Nationalen Programms für Sexualerziehung und verantwortungsbewusste Fortpflanzung aus dem Jahr 2003.¹
- Das Gesetz 26.150 über die umfassende Sexualerziehung aus dem Jahr 2006.²
- Das Gesetz 26.485 über den umfassenden Schutz zur Prävention, Ahndung und Beseitigung von Gewalt gegen Frauen aus dem Jahr 2009.³
- Das Gesetz 26.618 über die gleichgeschlechtliche Ehe aus dem Jahr 2010.⁴

- Das Gesetz 26.743 über die Geschlechtsidentität aus dem Jahr 2012.⁵

- Das Gesetz 26.862 über die künstliche Befruchtung aus dem Jahr 2013.⁶

Die Verabschiedung dieser Gesetze fand in einem politischen Kontext statt, der zwar ihr Zustandekommen möglich machte, der es aber nicht immer zuließ, dass jedes einzelne von ihnen auf dem gesamten Staatsgebiet einheitlich umgesetzt wurde. Um überhaupt so weit zu kommen, mussten die gesellschaftlichen Organisationen zahlreiche Debatten führen und Herausforderungen meistern.

Das Nationale Frauentreffen

Das Nationale Frauentreffen (ENM) ist eines der Ereignisse in Argentinien, bei dem weite Teile der feministischen Bewegung und der Frauenbewegung zusammenkommen. Seit 1986 findet es Jahr für Jahr in unterschiedlichen Städten statt. (Die ENM begannen bereits drei Jahre nach der Rückkehr [Argentiniens] zur Demokratie.) Zum Treffen in Mar del Plata im Jahr 2015 kamen über 65.000 Teilnehmerinnen. 2016 wird es in Rosario veranstaltet, wo ebenso viele erwartet werden. Durch die zahlreichen Teilnehmerinnen aus unterschiedlichen Zusammenhängen sind die Nationalen Frauentreffen der ideale Ort für Feministinnen, um ihre Kämpfe zu verbinden und Strategien zu erörtern, z.B. wie die Umsetzung der sexuellen und reproduktiven Rechte – darunter die Forderung nach der Legalität der Abtreibung – erreicht werden kann. Das ENM ist eines der Foren mit pluralistischer Beteiligung, das die «Nationale

Dahiana Belfiori (Argentinien) ist feministische Aktivistin und Schriftstellerin. Sie war Mitbegründerin des Netzwerks Socorristas en Red (feministas que abortamos). Im Jahr 2015 erschien ihr Buch «Código Rosa. Relatos sobre abortos» [Code Pink. Berichte über Abtreibungen].

Kampagne für das Recht auf legale, sichere und kostenlose Abtreibung» initiiert hat und propagiert. Vor allem die Nationalen Frauentreffen in Rosario und Mendoza im Jahr 2003 und 2004 waren hier wichtige Meilensteine.

Die nationale Kampagne für Abtreibung

Während der letzten zehn Jahre war die «Nationale Kampagne für das Recht auf legale, sichere und kostenlose Abtreibung» bestimmend im Kampf um die Legalisierung des Schwangerschaftsabbruchs in Argentinien. Möglich wurde sie durch die politische Entscheidung, Erfahrungen aus dem feministischen Kampf und Widerstand in einer gemeinsamen Aktionsplattform auf nationaler Ebene zu bündeln, wie Claudia Anzorena und Ruth Zurbriggen darlegen: «Diese Kampagne verbindet die Kämpfe um das Recht auf Abtreibung, die wir Feministinnen an verschiedenen Orten Argentiniens seit geraumer Zeit führen. Die Notwendigkeit, dass wir, die wir vorher nicht vernetzt waren und ganz unterschiedliche politische Praktiken anwandten, unsere Kräfte vereinen müssen, hat zur Entstehung einer nationalen Initiative geführt, die eine ganz eigene Qualität entwickelt und ihre Stärke aus jahrzehntelanger Erfahrung bezieht.»⁷ Gegenwärtig wird die Kampagne von über 300 Organisationen und Persönlichkeiten aus dem ganzen Land getragen. Eines ihrer ersten Ziele war die Erarbeitung eines Gesetzentwurfs zum Freiwilligen Schwangerschaftsabbruch (IVE),⁸ der dem argentinischen Nationalkongress erstmals am 28. Mai 2007 vorgelegt wurde. Seitdem wurde er mit zunehmender Unterstützung von Gesetzgeber/innen aus verschiedenen parlamentarischen Blöcken immer wieder neu vorgelegt.⁹ 2016 wird er dem Kongress ein weiteres Mal vorgelegt werden. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass jede schwangere Person ihre Schwangerschaft auf eigenen Wunsch bis zur 12. Schwangerschaftswoche abbrechen darf.

Darüber hinaus ist es der Kampagne mithilfe verschiedener Strategien gelungen, eine gesellschaftliche Debatte über das Recht auf Abtreibung auszulösen. Anzorena und Zurbriggen beschreiben es so: «Wir entwickeln die Fähigkeit, Bilder, Vorstellungen, politische Aktionen und Diskurse entstehen zu lassen, die das Thema auf verschiedenen Wahrnehmungsebenen

ansprechen».¹⁰ Abtreibung laut auszusprechen ist mit der Zeit zu etwas Alltäglichem geworden, ebenso alltäglich wie ihre Praxis. Dank der Beharrlichkeit einiger leidenschaftlicher und kreativer feministischer Bewegungen, die im Zuge der Debatte um die Legalisierung der Abtreibung entstanden sind, kann man heute überhaupt erst in der ersten Person von Abtreibungserfahrungen sprechen. Nach offiziellen Angaben des Gesundheitsministeriums werden in Argentinien jährlich zwischen 400.000 und 500.000 Abtreibungen¹¹ vorgenommen. Abtreibung ist nach dem Strafgesetzbuch in zwei Fällen zulässig: wenn die Schwangerschaft eine Gefahr für Gesundheit und Leben der Frau darstellt oder wenn die Schwangerschaft Folge einer Vergewaltigung ist. Das Urteil des Obersten Gerichtshofs aus dem Jahr 2012 in Sachen «F.A.L. s/ Einstweilige Verfügung»¹² hat diese Ausnahmen bestätigt und dadurch Klarheit geschaffen. Dies ist ein Erfolg der Feministinnen, denn sie haben die Forderung, auf die das Eingreifen des Obersten Gerichtshofs im Grunde zurückgeht, vorangetrieben. Zweifelsohne stellt das Urteil einen Fortschritt in der Gesetzgebung dar. Man muss sich klarmachen: Obwohl das Gesetz, das Frauen ein Recht auf Abtreibung einräumt, seit 1921 existiert, wurden die Frauen von konservativen Kräften an den Schaltstellen des Gesundheitswesens nicht selten durch die unnötige Einschaltung der Justiz daran gehindert. Eigentlich hätten sie den Frauen die Ausübung dieses Rechts gewährleisten müssen.

Socorristas en Red – Eine feministische Strategie für die legale Abtreibung

Aus diesem restriktiven Kontext heraus, der Abtreibungen nur in Ausnahmen vorsieht, entwickelte sich eine feministische Praxis des aktiven und kreativen Widerstandes. So entstand im Jahr 2012 ein Netzwerk, das telefonisch Information und Betreuung sowie persönliche Treffen für Frauen anbietet, die mit Misoprostol abtreiben möchten – einem Medikament, mit dem Schwangerschaften sicher abgebrochen werden können. Das Netzwerk Socorristas en Red (feministas que abortamos)¹³ wird von feministischen Gruppen und Kollektiven getragen und koordiniert die «Rosa Hilfen». Bei seiner Namenswahl hat sich das

Netzwerk von den Feministinnen inspirieren lassen, die in den 1960er- und 1970er-Jahren Schwangerschaftsabbrüche begleitet haben und in deren Tradition sie sich sehen. Sie beziehen sich insbesondere auf die italienischen, aber auch auf die französischen und US-amerikanischen Feministinnen, die Räume für Beratung und Begleitung für Personen schufen, die eine Abtreibung vornehmen mussten und so der Autorität des Patriarchats und der Heteronormativität als politischer Herrschaftsordnung trotzten. Diese Einrichtungen fassen überall im Land immer weiter Fuß, sind Teil der «Nationalen Kampagne für das Recht auf legale, sichere und kostenlose Abtreibung» und gegenwärtig bereits in über 35 Regionen bzw. Städten des Landes vertreten.

In der gegenwärtigen politischen Lage, in der der Staat mühsam erkämpfte Fortschritte und Errungenschaften bei den sexuellen und reproduktiven Rechten wieder zurücknimmt, stört diese Praxis empfindlich das skrupellose und millionenschwere Geschäft mit der illegalen Abtreibung. Sie entzieht außerdem der vorherrschenden Schulmedizin ihre Macht und entwickelt eigene, unabhängige Techniken in freundschaftlich organisierten Netzwerken, vor allem in der öffentlichen, aber auch der privaten Gesundheitsversorgung. Sie erhöht auch die Solidarität mit den Frauen, die trotz der restriktiven und konservativen Gesetze des Landes Abtreibungen vornehmen lassen. Als Serviceangebote für Frauen, die sich entschieden haben abzutreiben, sind sie berechtigt, verlässliche und gesicherte Information zu bekommen und weiterzugeben. Sie helfen auch, Gesundheitsrisiken zu mindern, und werden zusätzlich von verschiedenen Initiativen von Frauen- und feministischen Gruppen zur Beratung vor und nach einem Schwangerschaftsabbruch flankiert, die mehr oder weniger eng mit staatlichen Stellen verbunden sind. In diesem Sinne hat das staatliche Gesundheitsministerium im Jahr 2015 ein Protokoll zur umfassenden Betreuung von Frauen mit Recht auf legalen Schwangerschaftsabbruch¹⁴ ausgearbeitet, in dem es darauf hinweist, wie wichtig es sei, diesen Frauen durch Institutionen des Gesundheitswesens eine bessere ganzheitliche Gesundheitsversorgung zuteilwerden zu lassen – als Folge der Achtung der sexuellen und reproduktiven Rechte von Frauen, ein wesentlicher Teil ihrer Menschenrechte, und als Pflicht aller Angehöriger medizinischer Berufe. ■■■

Aus dem Spanischen von Martin Schorr

- ¹ <http://www.msal.gob.ar/saludsexual/ley.php>
- ² <http://portal.educacion.gov.ar/files/2009/12/ley26150.pdf>
- ³ http://www.cnm.gov.ar/LegNacional/Ley_26485_decreto_1011.pdf
- ⁴ <http://www.unc.edu.ar/extension/vinculacion/genero/legislacion-vigente-sobre-genero/nacionales/ley%20nacional%2026618-matrimonio-igualitario-2010.pdf>
- ⁵ http://www.tgeu.org/sites/default/files/ley_26743.pdf
- ⁶ <http://bioetica.flasco.org.ar/textos/ley-26682.pdf>
- ⁷ Anzorena, Claudia; Zurbriggen, Ruth (2013): «Trazos de una experiencia de articulación federal y plural por la autonomía de las mujeres: la Campaña Nacional por el Derecho al Aborto Legal, Seguro y Gratuito en Argentina» en: El aborto como derecho de las mujeres. Otra historia es posible (S. 17), Buenos Aires, Herramienta Ediciones.
- ⁸ In Argentinien scheiden Gesetzentwürfe, sofern sie nicht innerhalb von zwei Jahren in Sitzungen der Legislative behandelt werden, aus dem parlamentarischen Abstimmungsprozess aus und müssen dann erneut eingereicht werden.
- ⁹ Der Gesetzentwurf zum Freiwilligen Schwangerschaftsabbruch und die Zustimmung eines breiten Spektrums an Organisationen und Akteuren der Zivilgesellschaft sowie beipflichtende Stellungnahmen von wichtigen Persönlichkeiten und Universitäten des Landes sind abrufbar unter: <http://www.abortolegal.com.ar/?p=462>
- ¹⁰ Siehe Fußnote 7, S. 34
- ¹¹ Eine genauere Darstellung dieser Zahlen findet man unter: <http://archivo.cepal.org/pdfs/NotasPoblacion/NP87Mario.pdf>
- ¹² <http://www.mpd.gov.ar/users/admin/FAL.pdf> Das «F.,A.L. s/einstweilige Verfügung» im vollen Wortlaut: <http://www.mpd.gov.ar/users/admin/FAL.pdf>
- ¹³ Weitere Informationen über Socorristas en Red finden unter: <http://socorristasenred.org/>
- ¹⁴ Protocolo ILE: <http://www.msal.gob.ar/images/stories/bes/graficos/000000690cnt-Protocolo%20ILE%20Web.pdf>

Auf der Flucht vor Unsicherheit und Gewalt

Binnenvertreibung in El Salvador aus Geschlechterperspektive

Celia Medrano



Foto: Frida Hartz

In El Salvador hat die interne Zwangsmigration aufgrund der weitverbreiteten Gewalt krisenhafte Ausmaße angenommen. Nach Angaben des norwegischen Flüchtlingsrates gab es 2014 in El Salvador etwa 289.000 Binnenvertriebene. Im Jahr 2015 – dem Jahr mit der höchsten Gewalttrate seit dem Bürgerkrieg (1980–1992) – wurden 6.670 Morde registriert. 575 Opfer waren Frauen. Mit 108 Morden pro 100.000 Einwohner ist El Salvador mittlerweile das Land mit der weltweit höchsten Mordrate.

Der salvadorianische Staat erkennt die durch Banden bzw. die Organisierte Kriminalität verursachte Binnenvertreibung nicht offiziell als Problem an. Dennoch gelangen über die Medien und alternative Kanäle Woche für Woche Berichte von Familien und Gemeinden an die Öffentlichkeit, die ihre Heimat verlassen, weil sie vornehmlich von organisierten Banden mit dem Tod bedroht werden. Amtliche Sprecher werfen der Presse, den Nichtregierungsorganisationen und internationalen Institutionen eine übertriebene Darstellung der Gewalt vor. Sie würden damit nur Zweifel an der Fähigkeit der Regierung schüren wollen, das Problem lösen zu können.

Aufgrund der Leugnung der Zwangvertreibungen werden vorliegende Fälle nicht oder nur unzureichend registriert. Da es nicht genügend Daten gibt, um das Problem in seinem ganzen Ausmaß erfassen zu können, werden von staatlicher Seite auch weder Politikkonzepte noch gezielte Maßnahmen entwickelt, um der Verpflichtung zur Betreuung und zum Schutz der Opfer nachzukommen. Darin liegt eine der schwersten Menschenrechtsverletzungen, nämlich die Unsichtbarmachung der betroffenen Menschen.

Frauen als Gewaltopfer: Unsichtbar im doppelten Sinn

Bei den jährlich registrierten gewaltsamen Todesfällen handelt es sich wesentlich häufiger um Männer. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die weitverbreitete Gewalt keine größeren Auswirkungen auf Frauen hätte. Unter ihren Folgen haben besonders Familien zu leiden, in denen die Männer, Brüder bzw. Söhne, die Opfer von Mord, Verschwindenlassen oder Verfolgung wurden, vorher für die Familien gesorgt hatten. In diesen Fällen müssen Frauen, wenn sie zwangsvertrieben werden bzw. ihre Heimat aus Angst verlassen, die gesamte familiäre Verantwortung übernehmen.

Da der Staat die Binnenvertreibung leugnet, gibt es keine offiziellen Register und auch keine angemessenen Verfahren und Orte für Berichte und Gespräche. Bei den Betroffenen – vor allem Frauen – sitzt die Angst vor Verhören und Anzeigerstattungen entsprechend tief, so dass die Ermittlungen hierdurch erheblich erschwert werden.

Die Nationale Zivilpolizei (Policía Nacional Civil, PNC) und die Generalstaatsanwaltschaft von El Salvador sind seit langem dafür bekannt, dass sie Bürger/innen bei Straftaten von der Anzeigerstattung abzuhalten versuchen oder sich weigern, Anzeigen aufzunehmen. Sonstige staatliche Institutionen verweisen Opfer, Zeugen und Angehörige oftmals an andere Stellen. Die Menschen werden dadurch eingeschüchtert und geben ihre Versuche auf, Gerechtigkeit erfahren und Straftaten zur Anzeige bringen zu wollen. In einer vom Meinungsforschungsinstitut der Zentralamerika-

Celia Medrano ist Journalistin und Programmkoordinatorin bei der Stiftung Cristosal. Zuvor war sie u.a. Pressesprecherin und Leitungsmitglied der Kommission für Menschenrechte von El Salvador (1987 bis 1997) und leitende Koordinatorin der Kommission zur Verteidigung der Menschenrechte von Zentralamerika (CODEHUCA). In den letzten Jahren war sie Generalkonsulin in Washington, D.C., Maryland und Virginia sowie Leiterin der Abteilung für Schutz von Menschenrechten und Humanitäre Maßnahmen beim Außenministerium El Salvadors. Aktuell ist sie Mitglied des Vorstandes des Nationalen Rates für den Schutz der Kindheit und Jugend (CONNA) von El Salvador.

«In Gemeinden, die unter dem starken Einfluss bzw. der Kontrolle von organisierten Banden stehen, werden Mädchen und junge Frauen oftmals gezwungen, als Sexsklavinnen zur Verfügung zu stehen.»

nischen Universität von El Salvador 2013 veröffentlichten Umfrage erstatteten lediglich 35,4 Prozent der Opfer von Straftaten Anzeige bei den Behörden. 72,1 Prozent von ihnen gaben an, dass die staatlichen Stellen «überhaupt nichts unternommen» hätten.¹ Darüber hinaus wissen die Menschen, die in von kriminellen Banden kontrollierten Gebieten leben, dass jede Form der Zusammenarbeit mit der Nationalen Zivilpolizei, der Generalstaatsanwaltschaft, den Streitkräften oder sonstigen Justiz- oder Sicherheitsbehörden bzw. deren Unterstützung ihr Leben noch stärker gefährdet.

Die Ombudsstelle von El Salvador berichtete im Februar 2016 von einer Familie, von der zwei ihrer Töchter im Alter von 28 und 20 Jahren Opfer von Menschenhandel geworden waren. Aufgrund der Aussagen der jungen Frauen konnten einige Mitglieder der Tätergruppe vor Gericht gestellt werden. Es wurden jedoch nicht alle gefasst. Die 28-Jährige mit ihren vier Töchtern (8, 6, 5 und 1 Jahr alt) und ihre beiden 20- und 16-jährigen Schwestern wurden daraufhin von den übrigen Bandenmitgliedern bedroht. Da sie als Zeuginnen in einem Strafprozess auftraten, wurden die jungen Frauen im Rahmen eines Zeugen- und Opferschutzprogramms in Wohnungen untergebracht, die der Technischen Exekutiveinheit der salvadorianischen Justiz (Unidad Técnica Ejecutiva del Sector Justicia, UTE) unterstellt waren.

Nach eigenen Angaben wurden sie dort zu sexuellen Kontakten mit Sicherheitsbeamten gezwungen und durch Drohungen davon abgehalten, Anzeige zu erstatten. Nach Ansicht des Ombudsmanns erfuhren die Frauen «... eine zweifache Viktimisierung, denn sie waren nicht nur Opfer von Menschenhandel, sondern erfuhren zudem sexuelle und seelische Gewalt seitens einer Einrichtung, die ihnen Sicherheit, Vertrauen und Schutz hätte gewähren müssen. Gewalt und Diskriminierung, denen Frauen im Laufe ihres Lebens ausgesetzt sind, gehen durch das Fehlen eines opfer-, menschenrechts- und genderzentrierten Ansatzes in Programmen wie diesem unaufhörlich

weiter ...».² Die jungen Frauen, die Anzeige erstattet hatten, mussten das Land aus Sicherheitsgründen verlassen. Ihre Angehörigen waren monatelang innerhalb des Landes auf der Flucht.

Aufgrund dieser Problematik können nur die – kaum vorhandenen – alternativen Quellen oder Zeugenaussagen aus Fällen herangezogen werden, die von humanitären Hilfsorganisationen betreut werden. Solche Einrichtungen versuchen, den Betroffenen Hilfe zu leisten, wenn sie um Unterstützung gebeten werden.

Auch wenn die Mordopfer mehrheitlich Männer sind, so lässt sich feststellen, dass die Zahl der von der Gewalt betroffenen Frauen gestiegen ist und die Opfer von Vertreibung mehrheitlich Frauen sowie weibliche Jugendliche und Kinder sind.

Die meisten Betroffenen sind Frauen

Der Runde Tisch der Zivilgesellschaft gegen Zwangsvertreibung in El Salvador (Mesa de Sociedad Civil contra el Desplazamiento Forzado) gab in seinem im Januar 2016 veröffentlichten Bericht 147 betreute Fälle mit insgesamt 623 Binnenvertriebenen für den Zeitraum von August 2014 bis Dezember 2015 an. Auch wenn es sich gelegentlich um Einzelpersonen handelte, so waren es in den meisten Fällen ganze Familien mit drei bis zwölf Mitgliedern.

207 Betroffene waren erwachsene Frauen, 69 Mädchen im Alter von unter zwölf Jahren sowie 52 Jugendliche. 52 Prozent der betreuten Personen sind demnach weiblichen Geschlechts, zwei Personen rechnen sich der Gruppe der LGBTI zu.³ Die Familien sind überwiegend vor den Drohungen von Banden und Akteuren aus dem Umfeld der Organisierten Kriminalität geflohen. Überdies werden nun erstmals auch Fälle von Zwangsvertreibung registriert, für die Angehörige der Polizei und der Streitkräfte, aber auch anderer Gruppen, die von der salvadorianischen Ombudsstelle als Killerkommandos bezeichnet und angeprangert werden, verantwortlich sind.

In Gemeinden, die unter dem starken Einfluss bzw. der Kontrolle von organisierten Banden stehen, werden Mädchen und junge Frauen oftmals gezwungen, als Sexsklavinnen zur Verfügung zu stehen. Diejenigen, die sich widersetzen, ebenso wie ihre Familien, werden schikaniert und sehen sich gezwungen, ihre Wohnungen zu

verlassen, um sich in Sicherheit zu bringen.

Auch ein 11-jähriges Mädchen wurde von einer Bande sexuell verfolgt: Die Bandenmitglieder drohten dem Kind, es zu vergewaltigen bzw. sexuell zu missbrauchen. Ihrem 5-jährigen Bruder drohten sie mit Zwangsrekrutierung. Die Mutter der Kinder wandte sich daraufhin an die Schule des Mädchens. Der Schulleiter legte ihr nahe, das Kind aus der Schule zu nehmen, denn die Bandenmitglieder könnten jederzeit in die Schule kommen und das Mädchen mitnehmen. Aus Angst verkroch sich die Familie in ihrem Haus, denn es gab keine weiteren Angehörigen, bei denen sie hätte Zuflucht finden können. Die Mutter erklärte, aus Furcht keine Anzeige bei der Polizei erstatten zu wollen. Dieser Fall ist nur einer von vielen in einem Strudel der Gewalt.

Nach Angaben des salvadorianischen Bildungsministeriums wurden 2015 mehr als 15.000 Kinder durch Gewalt und Unsicherheit gezwungen, die Schule zu verlassen. In 50 der am härtesten von Gewalt betroffenen Gemeinden des Landes sind Schulabbrüche zu einem ernststen Problem geworden.⁴

Aufgrund von Bandenrivalitäten, Auseinandersetzungen um die Kontrolle über bestimmte Gebiete und Aktionen von Angehörigen der staatlichen Sicherheitskräfte sind Frauen, deren Männer in kriminelle Strukturen eingebunden sind oder der Beteiligung an Straftaten beschuldigt werden, häufig Repressalien ausgesetzt: Sie werden belästigt, bedroht, angegriffen und stigmatisiert. Staatliche Institutionen weisen oft den Betroffenen die Schuld zu, um sich für die verweigerte Zusammenarbeit und die unterlassene Hilfeleistung zu rechtfertigen.

Im März 2015 erhielt eine Familie, darunter zehn minderjährige Kinder und Jugendliche, Todesdrohungen. Einige Monate zuvor waren Mitglieder dieser Familie unter dem Vorwurf verhaftet worden, Straftaten verübt zu haben und einer kriminellen Bande anzugehören. Im Gefängnis entschieden sie sich, der Polizei bei ihren Ermittlungen zu helfen und aus der Bande auszusteigen. Daraufhin bedrohte die Bande die Familie und kündigte an, zuerst die kleinsten Kinder töten zu wollen. Die Familie verließ sofort ihren Heimatort und bat bei mehreren staatlichen Institutionen um Unterstützung und Hilfe, jedoch ohne Erfolg. Hochrangige Behördenvertreter erklärten in den Medien, dass die Familie Kontakte zu organisierten Banden unter-

halte und deshalb vorsichtig mit der Situation umgegangen werden müsse. Überdies wiesen sie darauf hin, dass die Familie mit politischen Oppositionsparteien in Verbindung stünde. Nach ihrer Flucht mussten die Kinder und Jugendlichen monatelang ihre Schulausbildung unterbrechen. Sie versuchten, sich bei Angehörigen zu verstecken und mussten ihr letztes Geld für Übernachtungen in Motels ausgeben. Oft schliefen sie auch in öffentlichen Parks. Fünf Jahre zuvor war die Mutter mit ihren damals 14 Kindern durch die Ermordung ihres Mannes zur Witwe geworden. Er hatte als Zeuge in einem Strafprozess gegen Mitglieder einer kriminellen Bande mit der Polizei kooperiert. Mitte letzten Jahres entschloss sich die Frau, mit der ganzen Familie illegal zu emigrieren und im Ausland internationalen Schutz zu suchen.

Eine alleinerziehende Mutter, Agentin der Nationalen Zivilpolizei (PNC), sah sich gezwungen, ihr Haus zu verlassen, das sie mit einem Darlehen des Sozialwohnungsfonds (Fondo Social para la Vivienda, FSV) finanziert hatte.⁵ Vorübergehend fand sie Unterschlupf bei Verwandten, während sie vergeblich versuchte, in eine sicherere Gegend versetzt zu werden. Als sie keine

«Staatliche Institutionen weisen oft den Betroffenen die Schuld zu, um sich für die verweigerte Zusammenarbeit und die unterlassene Hilfeleistung zu rechtfertigen.»

Antwort auf ihr Ersuchen erhielt, musste sie ihre Wohnung endgültig verlassen und emigrieren.

Nach Daten des FSV und des Sozialwohnungsprogramms FONAVIPO (Fondo Nacional para la Vivienda Popular) haben in den letzten sechs Jahren 751 Familien ihre Häuser verlassen, weil sie an Orten lebten, die von der Organisierten Kriminalität oder Jugendbanden kontrolliert wurden bzw. unter deren Einfluss standen.⁶

In den letzten drei Jahren ist die Zahl der Frauen, die aus den USA und Mexiko abgeschoben wurden bzw. unfreiwillig in ihre Heimat zurückkehren mussten, um über 200 Prozent gestiegen.⁷ Nach einer von Wissenschaftlern der Technischen Universität El Salvador (UTE) zwischen Juli und Oktober 2015 durchgeführten Studie⁸ unter 747 Salvadorianern, die auf dem Luft- oder Landweg abgeschoben bzw. zur Rückkehr

in ihre Heimat gezwungen wurden, gaben 42 Prozent der Befragten die Unsicherheit als Hauptgrund für ihre Auswanderungsentscheidung an. 10,4 Prozent von ihnen (78 Personen) erklärten, dass sie vor ihrer Emigration auf der Flucht vor der Gewalt ihren Wohnort bis zu fünfmal innerhalb des Landes gewechselt hätten.

Ein Problem wird ignoriert – erst recht, dessen Folgen für Frauen

Unmittelbarer Auslöser für die Vertreibung sind Drohungen oder Gewalttaten durch organisierte Banden, das haben alle Fälle gemeinsam. Aber der salvadorianische Staat zeigt sich unterschiedlich unfähig bzw. unwillig, sich für die Opfer einzusetzen. Immer wieder wird Familien oder Einzelpersonen in Notsituationen von Behörden die Hilfe verweigert, die notwendig wäre, um Vertreibung zu verhindern. Die staatlichen Stellen stehen dem Leid der Gewaltopfer gleichgültig gegenüber und verweisen auf fehlende Mittel oder auch auf die Grenzen ihres institutionellen Auftrags.

Während die organisierten Banden Gewalttaten verüben, die die Menschen in die Flucht zwingen, unternimmt der Staat im besten Falle gar nichts; schlimmstenfalls aber verstärkt er Schikane und Leiden. Betroffene Frauen werden erneut zu Opfern gemacht, indem ihnen und auch ihren Familien die erforderliche Betreuung und der Schutz verweigert werden, die speziell

für sie als Frauen in einer Situation besonderer Vulnerabilität erforderlich wären. Solange die Problematik der Binnenvertreibung aufgrund der weitverbreiteten Gewalt und Unsicherheit – als Hauptursache für Zwangsmigration vor allem von Frauen – nicht anerkannt werden, bleibt der endlose Teufelskreis der Flucht bestehen. ■■■

Aus dem Spanischen von Beate Engelhardt

- ¹ Aguilar, Jeannette/Guevara, Carmen (2013): The Perception of Security and Confidence in Public Institutions – Results from the Second Measurement of the Indicators in the Partnership for Growth, Joint Country Action Plan El Salvador, Instituto Universitario de Opinión Pública (IUDOP), Universidad Centroamericana José Simeón Cañas (UCA), San Salvador, S. 13f.
- ² Procuraduría para la Defensa de los Derechos Humanos de El Salvador (Ombudsstelle für die Verteidigung der Menschenrechte in El Salvador): Resolución SS-0382-2015, Februar 2016.
- ³ Mesa de Sociedad Civil Contra el Desplazamiento Forzado en El Salvador: Informe sobre situación de desplazamiento forzado por violencia generalizada en El Salvador (Runder Tisch der Zivilgesellschaft gegen Zwangsvertreibung in El Salvador: Bericht über Zwangsvertreibung durch weit verbreitete Gewalt), San Salvador, Januar 2016.
- ⁴ Castaneda, Francisco (Stellvertretender Bildungsminister von El Salvador): Interview, veröffentlicht in der digitalen Zeitung *El Faro*, September 2015.
- ⁵ Der FSV gehört zu den wenigen staatlichen Institutionen, die Daten zur Binnenvertreibung aufgrund von Gewalt und Organisierter Kriminalität sammeln und veröffentlichen.
- ⁶ El Diario de Hoy, Meldung vom 9. Januar 2016.
- ⁷ Dirección General de Migración y Extranjería de El Salvador (DGME), Departamento de Atención al Migrante: Informe Anual 2015 (Salvadorianische Ausländerbehörde, Abteilung für Migrantenbetreuung: Jahresbericht 2015)
- ⁸ Ramos, Elsa: Desplazamiento interno forzado y su relación con la migración internacional. Universidad Tecnológica Salvadoreña (Zwangsbinnenvertreibung und ihr Zusammenhang mit internationaler Migration), Technische Universität El Salvador, März 2016.

Perspectivas Lateinamerika kann auf unserer Webseite als Print- (Deutsch) und E-Publikation (Deutsch und Spanisch) bestellt oder abonniert werden: www.boell.de/perspectivas-lateinamerika

Bislang erschienen:



Die Fotografinnen in diesem Heft:

Frida Hartz (Mexiko) ist Fotojournalistin, Dozentin an verschiedenen Universitäten und Fachschulen sowie Jurorin in nationalen Fotowettbewerben. 1989 bekam sie den 1. Preis im internationalen Wettbewerb der Europäischen Gemeinschaft «Frauen sehen Frauen», 1994 wurde sie mit «La Pólvora Maya» Gesamtsiegerin beim Preis für das beste Fotoessay der Casa de las Américas in Havanna, Kuba. «La Pólvora Maya» wurde seither in mehr als 20 Ländern ausgestellt. Zurzeit arbeitet sie als freie Fotografin in Mexiko-Stadt.

Verónica Mastrosimone (Argentinien) studierte Fotografie und vervollkommnete ihre Bildsprache in Workshops bei Adriana Lestido. Ihre Werke waren in zahlreichen eigenen und Gemeinschaftsausstellungen in Lateinamerika und Europa zu sehen, darunter ihre Arbeiten «Hudson» (1998), «Mujeres Piqueteras» (2000), «Campesinos» (2004-2010), «La Familia» (2004), «Resistencia» (2005) und «La niña Azul» (2011). Sie lebt und arbeitet als freie Fotografin in Buenos Aires.

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Referat Lateinamerika

Ingrid Spiller
Schumannstraße 8
10117 Berlin

T 0049 (0)30 28 53 40
W www.boell.de/lateinamerika

Büro Mexiko-Stadt

Annette von Schönfeld
Calle José Alvarado 12
Colonia Roma Norte
Delegación Cuauhtémoc
CP 06760 México D.F.

T 0052 55 52 64 15 14
E mx-info@mx.boell.org
W www.mx.boell.org

Büro Santiago de Chile

Ingrid Wehr
Avenida Francisco Bilbao 882
Providencia
Santiago de Chile
Chile

T 0056 2 25 84 01 72
E info@cl.boell.org
W www.cl.boell.org

Büro Rio de Janeiro

Dawid Bartelt
Rua da Glória 190, ap. 701
2024 1180 Rio de Janeiro-Glória

T 0055 21 32 21 99 00
E info@br.boell.org
W www.br.boell.org

Büro San Salvador

Zulma Lorena Argueta
Residencial Zanzibar
Pasaje A-Oriente No. 24
San Salvador
El Salvador

T 00503 22 74 68 12
E sv-info@sv.boell.org
W www.mx.boell.org

Impressum

Herausgeberin
Erscheinungsdatum

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.
Juli 2016

Redaktion
Mitarbeit

Ingrid Spiller und Icíar Oquiñena
Ines Thomssen, Julia Ziesche und Petra Tapia

Satz
Druck
Papier

State, Berlin
Gallery Print, Berlin
Envirotop, 100 g/m² matte bright white 100% recycling paper, Cover: Clarosilk, 200 g/m²

ClimatePartner[®]
Klimaneutral
Druck | ID: 19907-1807-1001

Die in den Artikeln vertretenen Meinungen sind die der Autor/inn/en und nicht notwendigerweise die der Heinrich-Böll-Stiftung.
Die einzelnen Beiträge stehen unter der Creative Commons Lizenz: CC BY-NC-ND 3.0

